

# KONGRESSDIENST

Hamburg

Herausgegeben vom Präsidium des STÄNDIGEN KONGRESSES  
aller Gegner der atomaren Aufrüstung in der Bundesrepublik.

Juli 1959  
NUMMER 10



原水爆禁止



Unser Titelbild zeigt den 50jährigen berühmten japanischen Kalligraphen Shoshichi Nakatsu bei der Fertigstellung seiner riesigen Bittschrift. Mit einem 13 kg schweren Bürstpinsel, in seinen traditionellen Kimono gehüllt, beendet er die fünf großen japanischen Schriftzeichen auf einem 250 m langen Rechteck aus japanischem Pergamentpapier. Die Inschrift lautet:

### Fort mit den A- u. H-Bomben

Der Künstler will sein gigantisches Schriftstück über die japanische Gesandtschaft in London dem britischen Parlament zuleiten.

### Am 6. August auf dem »Platz des Friedens« in Hiroshima

Schon kurz vor 8.15 Uhr morgens wird der »Platz des Friedens« in Hiroshima von Tausenden von Bürgern der Stadt und von den Teilnehmern des Friedensmarsches, die aus fast allen Gegenden Japans kommend in den Platz einmarschieren, überfüllt sein, kurz von jenem Augenblick, in dem vor 14 Jahren die erste Atombombe der Welt auf diese Stadt fiel und das ganze Zentrum der Stadt vollkommen zerstört hat und in dem nach 14 Jahren mit vielen sinnreichen Veranstaltungen der historischen Stunde wieder gedacht wird. Die offiziellen Veranstalter dieser Feierlichkeit werden der Oberbürgermeister und der Stadtrat von Hiroshima sein. In dieser feierlichen Veranstaltung wird die einmalig-weltgeschichtliche Bedeutung von Hiroshima erneut nach aller Welt aufleuchten, und der Wille aller Versammelten, mit größeren Anstrengungen für die Sache des Weltfriedens einzutreten, wird von neuem allen Nationen bekanntgemacht werden.

In der Nähe des Standbildes eines jungen Mädchens, das auf diesem Platz errichtet ist und das ein Symbol für Menschheit und Leben in Frieden sein soll, wird eine Ehrenpforte zum feierlichen Empfang der Teilnehmer errichtet werden. Unweit von dieser Stelle steht auch die Gedächtnishalle der Stadt Hiroshima, in der Gemälde von der Katastrophe und Überreste

## 14. Jahrestag der Atombombe auf Hiroshima

Am 6. August sind es 14 Jahre, daß die erste Atombombe fiel. Der japanische Rat gegen A- und H-Bomben veranstaltet auch in diesem Jahr wieder eine große Kundgebung in Hiroshima.

Viele hunderttausende Japaner wissen aus eigener Erfahrung um das Grauen des »Atomtodes«. Wir Deutschen sind durch das Ende des 2. Weltkrieges vor der Vollendung der Atombombe diesem Schicksal gerade noch entgangen. Allerdings wagt es in Japan kein Politiker, offen für eine atomare Aufrüstung einzutreten. Angesichts der furchtbaren Katastrophe von Hiroshima wäre ein solches Beginnen unmöglich.

Weil wir in unserem Lande diesem Schicksal entgangen sind, können Politiker der Bundesrepublik Deutschland die atomare Aufrüstung vorbereiten und beginnen, ohne vom Zorn des Volkes hinweggefegt zu werden.

Leider ist es nicht möglich, allen Bürgern der Bundesrepublik die schrecklichen japanischen Erfahrungen durch eigenen Augenschein zu vermitteln. Leider! So bleibt angesichts der großen Enttarnung nur übrig, eine kleine Delegation zu den Veranstaltungen anlässlich der 14. Wiederkehr des grauenvollen Tages zu entsenden.

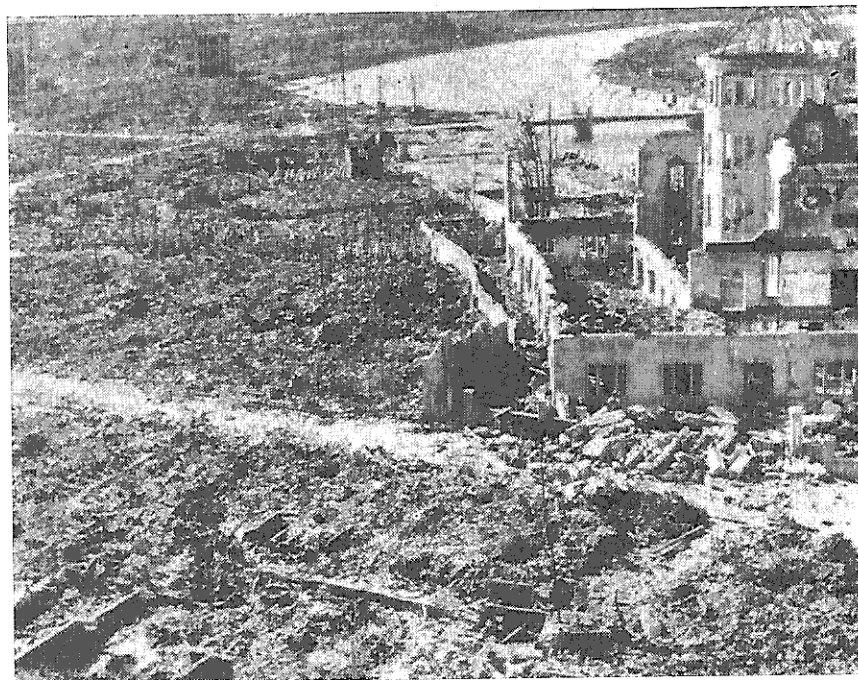
Je ein Vertreter des Büros des »Ständigen Kongresses«, des »Arbeitsausschusses Kampf dem Atomtod«, der »Aktionsgemeinschaft gegen die atomare Aufrüstung« werden gemeinsam nach Japan reisen, um die freundschaftlichsten Grüße der deutschen Atomwaffengegner zu übermitteln.

Der Delegierte des »Ständigen Kongresses« wird nach seiner Rückkehr über seine Erlebnisse ausführlich im Kongreßdienst berichten.

Die Bilder aus Japan in dieser Ausgabe unseres Mitteilungsblattes sollen schon einen Eindruck vermitteln von den tapferen Bemühungen der japanischen Atomwaffengegner.

Wir danken an dieser Stelle den zahlreichen Freunden, die durch ihren Beitrag die Reise unseres Delegierten ermöglicht haben.

Die Red.



von Atomruinen aufbewahrt sind. Auch von hier aus kann man gleich die »Große Brücke des Friedens« erreichen, die einen der sieben Flüsse, die die Stadt Hiroshima durchfließen, überbrückt. Alle diese Dinge werden in der geeigneten Lage sein, die Teilnehmer der Wallfahrt in eine Atmosphäre zu versetzen, in der jeder von ihnen miterlebend etwas tief Erschütterndes begreifen wird, etwas tief Erschütterndes, das jeden Menschen zur Mitarbeit am gemeinsamen Kampf für das Verbot von Atomwaffen aufrufen muß.

Allen ausländischen Teilnehmern wird eine besondere Möglichkeit gegeben sein, etwas ganz Denkwürdiges — Atomhospital mit Atomkranken, Atommuseum, überlebende Atomversehrte — kennenzulernen. Ferner werden unsere ausländischen Gäste ganz bestimmt ein großes Interesse zeigen für die Buddhistenfeier, die am Abend

des 6. August stattfindet. Diese Festlichkeit, die für die Buddhisten als ein sehr heiliges Fest gilt, wird in engstem Zusammenhang mit dem 6. August zum seligen Andenken an die Atomtoten veranstaltet. Anlässlich dieser buddhistischen Feier werden an diesem Abend Tausende von Lichterlaternen auf einen Fluß gelassen. Mit Recht kann man sagen, daß diese Feierlichkeit ein symbolischer Ausdruck des Willens der Japaner zum Frieden und gegen den Atomtod ist. Es wird ein seltsames Erlebnis für jeden ausländischen Teilnehmer sein, die aus den Atomruinen wiedererstandene Stadt Hiroshima, dieses heilige »Mekka« für alle Freunde und Kämpfer des Friedens, persönlich zu besuchen und mit einer unvergeßlichen Erinnerung von dem, was hier geschehen ist, wieder in ihre Heimat zurückzukehren.

Fortsetzung Seite 16

### 3. Präsidialtagung des „Ständigen Kongresses“

Eine umfangreiche Tagesordnung hatten die Mitglieder des Präsidiums des „Ständigen Kongresses“ zu bewältigen, als sie sich am 4. und 5. Juli in Kassel zu ihrer 3. Tagung versammelten. Es galt eine Zwischenbilanz während der Sitzungspause der Genfer Außenminister-Konferenz und die notwendigen Schlußfolgerungen daraus für die Atomwaffengegner in der Bundesrepublik zu ziehen. Diese Aufgabe, die sich das Präsidium gestellt hatte, ist um so bedeutungsvoller als in der Bundesrepublik von offizieller Seite durch Rundfunk, Presse und Fernsehen die Genfer Verhandlungen in entstellender und pessimistischer Manier behandelt werden.

Einleitend gab Herr Otto Beyer, Stappelfeld, einen Bericht über seine Reise nach Genf, wo er im Auftrag des Präsidiums die sechs Außenminister aufsuchte, um ihnen die auf der Präsidiumstagung in Bremen am 10. Mai beschlossene Stellungnahme des „Ständigen Kongresses“ zu überreichen.

Über die Durchführung eines weiteren Beschlusses der Bremer Präsidiumstagung — Entsendung einer Delegation des „Ständigen Kongresses“ zur Frauenkonferenz des DGB in Bremen — berichtete anschließend Herr Erich

Wiechmann, Hamburg.

Diesen beiden Berichten folgte das erste der drei vorgesehenen Referate, das von Dr. Friedrich Müller, Verwaltungsgerichtspräsident i. R., Wiesbaden, über das Thema: „Der Friedensvertrag mit Deutschland auf der Genfer Außenministerkonferenz“ gehalten wurde. Dr. Müller betonte, daß nun endlich die Diskussion über die Lösung der deutschen Frage, die in Stagnation geraten war, wieder aufgenommen wurde, wozu der sowjetische Vorschlag über den Status von Westberlin und der sowjetische Entwurf eines Friedensvertrags die Veranlassung boten. Die Bundesregierung bezeichnete diesen Friedensvertrags-Entwurf sofort als ein „Super-Versailles“, über das man gar nicht diskutieren könne. Durch ihre Ablehnung in Bausch und Bogen suchte die Bundesregierung offensichtlich ein eingehendes Studium des Entwurfes durch die Öffentlichkeit der Bundesrepublik zu verhindern. Die Westmächte schlossen sich der ablehnenden Haltung der Bundesregierung an.

Zweifelloso, so erklärte der Referent, sind die jetzigen Vorschläge der Sowjetunion für einen Friedensvertrag ungünstiger als die, die sie im Jahre 1952 machte. Damals aber lehnte die Bundesregierung den sowjetischen Entwurf ebenso kategorisch ab wie heute. Die von der Bundesregierung seit 1952 betriebene Politik der Stärke, ihr Beitritt zur NATO, die atomare Aufrüstung der Bundeswehr usw. haben eindeutig zur Verschärfung der Spannungen in Europa beigetragen, wodurch wiederum in Moskau ein erhöhtes Bedürfnis nach Sicherheitsgarantien ausgelöst wurde.

#### Gesamtdeutscher Ausschuß

In Genf haben die Außenminister in der ersten Phase ihrer Verhandlungen über einen Friedensvertrag nicht gesprochen. Der von den Westmächten vorgelegte Stufenplan zur Lösung der deutschen Frage, der sogenannte Pa-

ketplan, sieht erst in der letzten Stufe, d. h. erst nach langjährigen Vorbereitungen, den Abschluß eines Friedensvertrages vor, dessen Inhalt allerdings in dem „Paketplan“ keineswegs erläutert wird.

Präsident Müller behandelte in seinen Ausführungen eingehend den Plan der Westmächte. Der Referent verweilte besonders bei der in der zweiten Stufe des Planes vorgesehenen Bildung eines gesamtdeutschen Ausschusses, der die Aufgabe hat, Vorschläge für vermehrte Kontakte zwischen beiden Teilen Deutschlands und für ein Wahlgesetz zu entwerfen.

Unter dem Beifall der Präsidiumsmitglieder stellte Dr. Müller fest, daß die Bildung eines solchen gesamtdeutschen Ausschusses zwar durchaus begrüßenswert sei, daß man sich aber seine Zusammensetzung nur paritätisch vorstellen könne, denn bei zwischenstaat-

lichen Verhandlungen könne es nur gleiche Rechte und gleiche Pflichten für beide Verhandlungspartner geben, wobei die Größe und die Bevölkerungszahl der miteinander verhandelnden Staaten völlig belanglos sei. Angesichts der bestehenden Lage könne man aber auch in der Frage der Wiedervereinigung die Realitäten nicht einfach übersehen. Ob man wolle oder nicht, ob man es gutheißt oder nicht, es bestünden nun einmal heute zwei deutsche Staaten. Die Anerkennung ihrer völkerrechtlichen Gleichheit sei Voraussetzung für die Aufnahme von Verhandlungen über die deutsche Wiedervereinigung. (Die Ausführungen von Herrn Präsidenten Müller werden wir in der nächsten Ausgabe des „Kongreßdienstes“ zum Abdruck bringen.)

Als nächster Referent nahm Prof. Dr. Walter Hagemann, Münster, das Wort

### „Genf nach der ersten Runde“

Aus dem Referat von Prof. Dr. Hagemann

Der Bundestag hat sich am 26. Juni bis Anfang Oktober vertagt. Für mehr als drei Monate wird also die demokratische Kontrollinstanz des Parlaments untätig sein. Niemand weiß voraus, ob nicht in dieser Zeit grundsätzliche Entscheidungen der inneren oder äußeren Politik zu treffen sind. Ein Ereignis fällt mit Sicherheit in diese parlamentarischen Ferien: Der zweite Teil der Genfer Konferenz, und, wenn es nach den Engländern und den Sowjets geht, auch der Beginn der Gipfelkonferenz. Der Bundestag hat bereits vor dem Zusammentritt der Genfer Außenministerkonferenz auf jede außenpolitische Debatte verzichtet, obwohl im Mittelpunkt dieser Konferenz die deutsche Frage steht und obwohl die beiden Oppositionsparteien im Hinblick auf diese Konferenz ihre Deutschlandpläne publiziert haben. Die Opposition verzichtet also ausdrücklich auf die Möglichkeit, diese Pläne vor der maßgebenden demokratischen Körperschaft zu rechtfertigen und die Regierung zu zwingen, ihre eigenen Pläne bekanntzugeben. Ist es Unsicherheit oder Resignation, was die Opposition zu dieser Zurückhaltung veranlaßt hat? Jedenfalls widerspricht ein solches Verhalten allen in westlichen Demokratien üblichen Gepflogenheiten. Seine demokratische Optik ist wenig geeignet, die im Westen durch den Fall Adenauer entstandenen großen Zweifel an der Lebenskraft der neu-deutschen Demokratie zu beseitigen.

So viel steht fest, daß der Regierung diese Haltung des Parlaments willkommen ist. So eifrig man in Bonn jede Gelegenheit ergreift, um die Haltung der Natomächte bei zahlreichen Gesprächen und Konferenzen abzustimmen, so wenig Interesse zeigt man an Kontakten und Konferenzen mit der Sowjetunion oder gar mit anderen Ostblockstaaten. Schon im Januar konnte man in Bonn hören, daß eine West-Ost-Konferenz erst kurz vor dem ominösen Datum des 27. Mai zu erwarten sei. Eifrig unter-

strich man in der Koblenzer Straße die Erklärungen Eisenhowers und de Gaulles, daß nur eine erfolgreiche Außenministerkonferenz überhaupt den Weg zu einer etwaigen Gipfelkonferenz ebnen könne; und eilfertig kolportierte die westdeutsche Presse die Äußerungen deutscher und ausländischer Minister, daß zur Lösung der deutschen Frage ohnehin eine ganze Reihe von Konferenzen notwendig sei, die sich vielleicht über Jahre erstrecken würden. Als dann schließlich die Konferenz der Außenminister heranrückte, wurde die westdeutsche Mitwirkung dadurch planmäßig in ihrem Gewicht reduziert, daß man auf einer bloßen Beratergruppe bestand und daß statt des Außenministers ein Ministerialbeamter die Delegation führte. Die Konferenz selbst hatte ihre zweite Verhandlungswoche noch nicht hinter sich, als man im westdeutschen Lager bereits die ersten Nachrichten über einen drohenden Abbruch der Konferenz verbreitete. Kein Zweifel: Bonn betrachtete jede Art von Konferenz mit Moskau als ein ziemlich überflüssiges Übel, das Chruschtschow dem Westen durch sein „Ultimatum“ vom 27. November aufgezwungen hatte.

Daß Bonn einem ernsthaften Gespräch aus dem Wege ging, zeigte sich auch an dem Fehlen jeglicher konkreter Vorschläge. Auf den zahlreichen westlichen Teilkonferenzen und Kommissionssitzungen, die zwischen Januar und Mai in Washington und Paris stattgefunden haben, sind zahlreiche englische und amerikanische Vorschläge für die Lösung der Deutschlandfrage, der Berlinfrage, der Sicherheitsfrage und des Friedensvertragsproblems behandelt worden. Sie sind offenbar sämtlich an der von den französischen Vertretern unterstützten deutschen Ablehnung gescheitert. So trug der „Friedensplan“, den die Westmächte schließlich auf den Genfer Konferenztag legten und den man von westdeutscher Seite als Friedens-

wendbarkeit an der Stirn. Die Berlinfrage sollte ganz einfach dadurch gelöst werden, daß durch eine Volksabstimmung in Gesamtberlin die ganze Stadt unter ein einheitliches westdeutsches Regime gestellt wurde. Freie Wahlen für Gesamtdeutschland sollten zwar nicht am Anfang stehen, aber die Vollmachten einer zu bildenden gesamtdeutschen Kommission sollen im wesentlichen darauf beschränkt werden, freie gesamtdeutsche Wahlen vorzubereiten, die dann durch ein Plebiszit durchzuführen wären. Der Abschluß eines Friedensvertrages sollte erst nach Bildung einer gesamtdeutschen Regierung und Volksvertretung in Angriff genommen werden. Das Projekt gipfelte in dem Vorschlag, einem wiedervereinigten Deutschland die Entscheidung über seine künftige Militär- und Bündnispolitik anheimzustellen, obwohl man wußte, daß die Sowjets dieser Forderung niemals ihre Zustimmung geben und daß an ihr bereits die Sowjetvorschläge über freie gesamtdeutsche Wahlen vom 10. März 1952 gescheitert sind. Um aber jeder Aussicht vorzubeugen, daß vielleicht doch der eine oder andere Punkt dieses Planes ernsthaft diskutiert werden könne, wurden die Vorschläge sorgfältig zu einem umfangreichen „Paket“ zusammengeschnürt und als angeblich unteilbares Ganzes präsentiert. Bei den Verfassern dieses Planes muß absolute Klarheit darüber bestanden haben, daß der östliche Partner ihn ablehnen werde, die Zweckbestimmung war also offensichtlich nur propagandistischer Natur und sollte den Sowjets das Odium einer Ablehnung zuspielen. Um einen solchen Plan zustande zu bringen, hätte es allenfalls einer Verständigungsprobe zwischen einigen untergeordneten Ministerialbeamten der westl. Länder bedurft.

Der sowjetische Vertreter Gromyko hat diesem „Paket“ die seit Monaten bekannten Moskauer Vorschläge entgegengehalten. Niemand konnte nach Chruschtschows Erklärungen erwarten, daß der sowjetische Außenminister die Vollmacht mitbringen würde, diese Vorschläge in irgendwelchen wesentlichen Punkten zu revidieren; zu deutlich hatte Chruschtschow zu erkennen gegeben, daß eine Abänderung dieser Vorschläge nur auf einer Gipfelkonferenz, und zwar auf der Basis der Gegenseitigkeit, möglich sei. Das gilt vor allem für die stärkste Trumpfkarte Moskaus, nämlich die Änderung des Westberliner Status durch Übergabe der sowjetischen Besatzungsfunktionen an die DDR. Das einzige freilich wichtige Entgegenkommen war die Opferung der Sechsmonatsfrist, zu deren weiterer Verlängerung um zwölf, ja um achtzehn Monate sich Gromyko bereiterklärte, wenn der Westen in anderer Hinsicht Entgegenkommen zeigen würde. Diese Fragen standen denn auch im Mittelpunkt der Geheimkonferenzen, in welche sich die Delegationsführer seit der dritten Konferenzwoche klugerweise zurückzogen. In diesen Besprechungen ließen die westlichen Delegierten den „Paketplan“ beiseite und entwickelten nach und nach Vorschläge, die als äußerste Konzessionen etikettiert wurden.

1. Einfrieren der alliierten Truppenstärken in Berlin.

2. Beschränkung der Propaganda- und Agententätigkeit in beiden Teilen Berlins unter Vorbehalt der „Freiheit der Meinungsäußerung“ für West-Berlin.

3. Anerkennung der Funktionäre der DDR auf den Zufahrtswegen nach Berlin als „Agenten“ der Sowjetunion.

4. Verzicht der Stationierung von Atom- und Raketenwaffen in ganz Berlin.

Diesen „äußersten Konzessionen“ des Westens setzte Gromyko am vorletzten Konferenztag folgende Gegenvorschläge entgegen:

1. Herabsetzung der alliierten Truppenkontingente von 11 000 auf 3000 Mann.

2. Völlige Einstellung der Propaganda- und Agententätigkeit in West-Berlin.

3. Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen der DDR und der BRD.

4. Einsetzung einer gesamtdeutschen Kommission zur Vorbereitung von Wiedervereinigungsverhandlungen auf paritätischer Grundlage.

5. Bei Annahme dieser Vorschläge Verlängerung der Fristen für Berlin um weitere 18 Monate.

Man sieht aus dem Vergleich dieser Vorschläge, daß es den Westmächten vor allem um die unbefristete Verlängerung des heutigen Berliner Status geht, während Moskau weiterhin bestrebt ist, die Berlinfrage als Hebel einer Neuordnung der deutschen Frage zu benutzen. Vor der Gefahr, daß sich die Genfer Gespräche völlig auf die Frage Berlin beschränken und damit den Westen völlig in die Defensive drängen würden, ist schon in einem frühen Konferenzstadium von den verschiedensten Seiten gewarnt worden. Die Deutschlandpläne der SPD und FDP hatten mit Recht die Berlinfrage in den größeren Zusammenhang der Deutschlandfrage überhaupt gestellt. Gromyko blieb es vorbehalten, diesen natürlichen Zusammenhang wieder herzustellen und zugleich den Abschluß eines Friedensvertrages in den Vordergrund zu rücken. Als Chruschtschow am 10. Januar den Mächten seinen Friedensvertragsentwurf übermittelte, forderte er diese auf, bald Gegenvorschläge zu machen und schlug vor, daß man binnen zwei Monaten zu einer Vorkonferenz zusammentreten solle. Auch dieser Termin ist verstrichen, ohne daß eine Konferenz zustande gekommen wäre, und bis zum heutigen Tage haben die Westmächte trotz zahlreicher Kommissionsberatungen noch keinen Gegenentwurf, nicht einmal bindende allgemeine Richtlinien vorgelegt. Auch diese Passivität hat ihre guten Gründe. Bei näherer Beschäftigung mit dieser Materie mußte es sich erweisen, daß die Vorstellungen von einem deutschen Friedensvertrag auch unter den Westmächten weit auseinandergehen und daß diese Vorstellungen mit den Interessen der Bundesrepublik nur schwer in Einklang zu bringen sind. Keine der Westmächte aber mochte sich ohne Not die Bundesrepublik zum Feinde machen. Schon die Berührung der Oder-Neiße-Frage durch Eisenhower und de Gaulle hat bekanntlich zu einer lebhaften Reaktion in der Bundesrepublik vor allem bei den Landsmannschaften geführt. Der im

Moskauer Entwurf vorgesehene Verzicht Deutschlands auf Atomwaffen und auf die Mitgliedschaft in Militärbündnissen berührt unmittelbar die Sicherheitsinteressen der Großmächte und der Nato insgesamt, und zwar in unterschiedlicher Weise. Spätestens bei den Verhandlungen über den Friedensvertrag müßte also die Einigkeit unter den Westmächten und mit der Bundesrepublik ernstlich gefährdet werden. Die Westmächte haben es daher sechs Wochen lang in Genf sorgfältig vermieden, Probleme des Friedensvertrages konkret zu erörtern. Wenn trotzdem diese Frage nicht so ohne weiteres vom Konferenztisch verschwinden kann, so deshalb, weil 14 Jahre nach Kriegsende eine Liquidierung des formal noch bestehenden Kriegszustandes sowohl völkerrechtlich wie auch politisch eine dringende Notwendigkeit darstellt. Chruschtschow hat bei seiner Friedensvertragsinitiative also gute Gründe der Vernunft und der Politik auf seiner Seite. Vor allem aber besitzt er auch bei diesem Vorstoß ein ernst zu nehmendes Druckmittel, das er um so nachdrücklicher ausspielt, je mehr sich die Verhandlungspartner dem entziehen, nämlich die Drohung eines **Sonderfriedens** mit der DDR. Für die DDR gibt es nicht die westdeutschen Bedenken und Widerstände, denn ihr heutiger Status entspricht weitgehend den Vorstellungen und Forderungen des Moskauer Entwurfes. In Westdeutschland sucht man sich über die Gefahr eines Sonderfriedens mit dem Argument zu beruhigen, daß es sich um eine leere Drohung und im schlimmsten Fall um einen Fetzen Papier handele. Tatsächlich würden die rechtlichen und politischen Folgen eines solchen Schrittes sehr weittragend sein, versperren sie doch für die Zukunft jede Wiedervereinigung auf friedlichem Wege.

Die Zurückweisung der Moskauer Friedensvertragsvorschläge ist von der Bundesrepublik vor allem mit der Behauptung bestritten worden, daß der Entwurf die deutsche Spaltung verewigen solle. Wir lassen die Frage beiseite, ob dieser Einwand nach der bisherigen Wiedervereinigungspolitik der Bundesrepublik als glaubwürdig gelten kann. Die Folgerichtigkeit der sowjetischen Haltung in dieser Frage ist jedenfalls schwer zu widerlegen: Seit dem Eintritt der Bundesrepublik in die Nato erklärt Chruschtschow die Wiedervereinigung bei jeder Gelegenheit als eine deutsche Aufgabe, die zwar von anderen Mächten unterstützt, aber nicht von ihnen übernommen werden könne. Dementsprechend hat Chruschtschow drei Möglichkeiten für das Zustandekommen eines Friedensvertrages offengelassen: 1. Ein Vertrag mit einer gesamtdeutschen Regierung, 2. Ein Vertrag mit einer deutschen Konföderation, 3. Getrennte Verträge mit DDR und BRD. Die Bonner Behauptung wird auch dadurch widerlegt, daß Moskau nach wie vor für die Bildung einer gesamtdeutschen Kommission zur Errichtung einer Konföderation eintritt. Gromyko hat diese Vorschläge in Genf erneuert und damit alle gegenteiligen Behauptungen widerlegt. Die deutsche Delegation hat diese erneuten Vorschläge zurückgewiesen. Das befremdet um so mehr, als der Bundestag in seiner Oktoberentschließung bereits ein ge-

samtdeutsches Gremium gefordert hat und die Westmächte in ihren Vorschlägen gleichfalls für die Bildung eines solchen Organs eingetreten sind. Auch die Deutschlandpläne der SPD und FDP sehen vor, daß Delegationen der beiden deutschen Teilstaaten im Auftrage der Großmächte gesamtdeutsche Gespräche einleiten sollen. Bonn kann sich also bei der Verweigerung solcher Gespräche weder auf ein Veto der Westmächte noch auf mangelnde Unterstützung durch die deutsche Öffentlichkeit berufen. Trotzdem ist die deutsche Delegation in Genf diesem Vorschlag entschieden entgegengetreten. Das läßt sich nur daraus erklären, daß die derzeitige Bonner Regierung kein Interesse an einer innerdeutschen Entspannung hat. Dies wird bestätigt durch die Zurückweisung des Vorschlages eines Nichtangriffspaktes, den der DDR-Außenminister Dr. Bolz der westdeutschen Delegation in Genf übermittelte.

Teil I der Genfer Konferenz hat keinerlei konkrete Ergebnisse gebracht. Trotzdem zeigt man in Moskau und in Ost-Berlin eine gewisse Zufriedenheit über den bisherigen Konferenzverlauf. Wie die Dinge liegen, erscheint es dem Osten schon als ein Fortschritt, daß man den Westen überhaupt an den Konferenztisch gebracht hat. Ferner ist es gelungen, gegen harte Bonner Widerstände die DDR auf gleicher Stufe mit der Bundesrepublik an den Beratertisch zu bringen, was eine de-facto-Anerkennung durch die Westmächte bedeutet. Ferner hat sich erneut erwiesen, daß Chruschtschows Berlinplan als eine wirksame Trumpfkarte ausgespielt werden kann. Schließlich haben sich trotz aller Vertuschungsversuche auch in Genf die tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten der drei Westmächte untereinander deutlich gezeigt, während der scheinbar monolithische Ostblock mindestens nach außen keine Risse und Sprünge aufweist. Die auch im Osten vorhandenen Differenzen werden in internen Gesprächen ausgeglichen, zu denen Chruschtschow und die Regierungschefs der Ostblockstaaten eine ungewöhnlich rege Reisetätigkeit entfalten. Die Reise von Ulbricht und Grothewohl in die Sowjetunion war um so bemerkenswerter, als nicht lange zuvor Chruschtschow in Leipzig und Berlin bereits viel Zeit darangewandt hatte, persönliche Kontakte mit den maßgebenden Persönlichkeiten der DDR herzustellen. Eines ist gewiß: Chruschtschow hält sich für die Zukunft mindestens zwei Wege offen. Er ist bereit, die Annäherung der beiden deutschen Staaten zu unterstützen, falls dazu noch in Bonn die Bereitschaft vorhanden ist. Andererseits trifft er alle Vorbereitungen, um nötigenfalls in einer Friedenskonzferenz mit der DDR allein endgültige Abschlüsse zu treffen. Noch soll dies eine Warnung sein, aber niemand wird ihn daran hindern können, mit ihr Ernst zu machen, wenn er zu der Überzeugung gelangt, daß das heutige Nein das letzte Wort des Westens ist.

Bonn erweckt gegenüber diesen Alternativen den Eindruck der Gleichgültigkeit. Wer die offiziellen westdeutschen Kommentare unbefangen liest, muß

den Eindruck gewinnen, als ob nicht die Sowjetunion, sondern die Bundesrepublik eine Weltmacht wäre, von deren Entscheidungen das Schicksal Europas abhängt. Man erweckt in Bonn den Anschein, als ob man über reichliche Reserven an Zeit und Kraft verfüge und den Augenblick des Handelns allein bestimmen könne bzw. daß der Bundesrepublik die bedingungslose Unterstützung des Westens in jedem Falle gewiß sei. Nur in einem Punkte reagiert man in Bonn äußerst empfindlich: in allem, was den derzeitigen Status West-Berlins berührt. Sorgfältig registriert man alle deutschen und alliierten Versicherungen, daß die Freiheit Berlins in jedem Falle und um jeden Preis verteidigt werde und weist jeden Gedanken an irgendeinen Kompromiß als Zeichen der Aufweichung und Schwäche entschieden zurück. Dies deutet darauf hin, daß es der Bonner Außenpolitik nicht um die Beendigung des Kalten Krieges geht, sondern um die Aufrechterhaltung der Macht- und Rechtspositionen der Verbündeten, auch wenn sie als „Rechte des Siegers“ makabre Erinnerungen hervorrufen.

In enger Verbindung mit der Genfer Konferenz ist auch der Stand der Atomverhandlungen zu sehen. Gerade während der kritischen Genfer Tage hat General Norstad in München vor einem erlesenen Kreise Kissingers Thesen vom sogenannten kleinen Atomkrieg vorgetragen. Allgemein wurde dies als ein Querschub gegen die Genfer Verhandlungen gedeutet. Andererseits hat in dieser Zeit Chruschtschow eine Balkanreise unternommen, die gleichfalls mit dem Atomproblem in enger Verbindung steht. Kürzlich hat die neue italienische Regierung sich bereit erklärt, Nato-Basen für Atomraketen in Italien zuzulassen. In Jugoslawien hat man auf diesen Entschluß sehr empfindlich reagiert, noch schärfer naturgemäß in den Ostblockstaaten. Daher hat Chruschtschows Vorschlag, eine atomwaffenfreie Zone auf dem Balkan zu schaffen, nachdem der Rapackiplan zunächst für Mitteleuropa auf Eis gelegt worden ist, auf dem ganzen Balkan ein starkes Echo gefunden. Im August wird Chruschtschow Skandinavien besuchen, einen Bereich, der noch leichter als der Balkan zu einer atomwaffenfreien Zone erklärt werden könnte. Die beiden Lager sind also in der Atomfrage sehr aktiv. Wir können es daher nur bedauern, daß in Genf die Frage eines atomfreien Mitteleuropas nur am Rande berührt worden ist.

Dabei tagt am gleichen Ort und gleichzeitig seit Monaten die Konferenz, die sich mit dem Stop der Atomversuche zu beschäftigen hat. Nachdem zunächst die wissenschaftlichen Experten eine bemerkenswert schnelle und präzise Vorarbeit geleistet haben, hatte diese Konferenz in mühsamen Verhandlungen in mehr als hundert Sitzungen über die schwierigsten Fragen eine Übereinstimmung erzielt insbesondere über das Problem der Kontrollstationen. Nun haben in der letzten Konferenzphase die Amerikaner das Problem von Testexplosionen in großer Höhe und unterirdisch aufgeworfen. Was die unterirdischen Explosionen betrifft, so sind sie bzgl. der Verunreinigung der

Atmosphäre relativ harmlos. Der neue Chef der amerikanischen Atomenergiekommission, Mc Cone, hat angekündigt, daß die USA im Oktober wieder Testexplosionen unter der Erde aufnehmen würden, falls bis dahin die Genfer Atomkonferenz keine Einigung erzielt habe. Schlimmer sind die Explosionen in der Stratosphäre, mit denen die Amerikaner glauben, alle in großer Höhe anfliegenden Fernraketen zur Explosion bringen zu können. Diese Frage beschäftigt augenblicklich eine besondere Expertenkommission, die voraussichtlich schnelle Arbeit leisten wird. Sie wird festzustellen haben, daß Explosionen in einer mittleren Höhe von hundert bis fünfhundert Kilometer viel stärkere Verseuchungen der Atmosphäre hervorrufen als erdnahe oder sehr erdferne Explosionen. Eine Zulassung dieser stratosphärischen Explosionen müßte unter allen Umständen gleichfalls ausgeschlossen sein, falls nicht das Explosionsverbot überhaupt sinnlos werden soll. Freilich kann durch ein Explosionsverbot die Gefahr eines Atomkrieges nicht beseitigt werden. Es wurden im Laufe der Jahre auf beiden Seiten Zehntausende von Bomben aller Größen produziert, deren Funktionen auch ohne Tests mit großer Sicherheit errechnet werden kann. Selbst eine Beseitigung dieser Bombenvorräte ist, abgesehen von ihrer Unwahrscheinlichkeit, ein äußerst schwieriges chemophysikalisches Unternehmen, da die einmal hergestellten Bomben niemals ihre Explosionskraft verlieren.

Es gibt auf dem Gebiet der Atomabrüstung Umstände, die uns zu einem gewissen Optimismus veranlassen können. Da ist einmal die Erkenntnis der Amerikaner, daß das atomare Gleichgewicht des Schreckens auf dem Atom- und Raketengebiet nicht wieder umzuwerfen ist. Die Hoffnung auf die größere oder schnellere oder treffsicherere Bombe und damit auf den Sinn eines Präventivkrieges ist damit hinfällig geworden. Der andere Anstoß zu einer Verständigung kommt von der Gefahr, daß aus dem Atomclub der drei Mächte ein Atomclub der zwanzig oder dreißig Mächte wird, daß also eine „atomare Anarchie“ ausbricht. Die Grundformeln sind heute international bekannt, spaltbare Masse ist in zahlreichen Ländern gefunden worden, die Herstellung wird von Jahr zu Jahr billiger und technisch einfacher werden. Es wird daher nicht mehr lange dauern, bis Großmächte wie Frankreich oder China und schließlich auch kleinere Mächte in den Besitz von Atombomben gelangen. Man male sich einmal aus, wohin es führen muß, wenn irgendein wahnsinniger General oder Diktator oder eine Rebellenregierung in den Besitz dieses Teufelszeugs gelangt und damit ein Volk, ja einen ganzen Kontinent terrorisieren und unter Umständen vernichten kann. Angesichts dieser Sachlage gibt es kein anderes Aushilfsmittel mehr als ein totales Herstellungs- und Anwendungsverbot jeglicher Atombomben, also die Durchführung jener Vorschläge, welche nicht etwa von westlichen Mächten, sondern von den Sowjetregierungen seit Hiroshima immer wieder erneuert worden sind.

Wenn ich richtig sehe, so geht die Einstellung für und gegen die Atomrüstung quer durch alle Nationen. Auf der einen Seite finden wir jene Gruppe, die im Interesse der Menschlichkeit und des Friedens und der Vernunft auf die völlige Beseitigung und das völlige Verbot der Atomwaffen drängt. Die andere Gruppe besteht im Interesse ihrer Machtstellungen, der Rüstungsinteressen, der Besitzinteressen und einer künstlich gezüchteten Bolschewistenangst darauf, daß man diese Massenvernichtungsmittel weiter in Bereitschaft hält, um damit zu imponieren und im äußersten Fall präventiv vorzugehen. Die Idee des Präventivkrieges stammt nicht aus Moskau, obwohl die Sowjets nach den Behauptungen der Kalten Krieger seit 12 Jahren ständig darauf warten, über uns herzufallen. Die Präventivkriegstheorie wurde im Westen, speziell in Amerika entwickelt und in Dutzenden von Büchern und Tausenden von Vorträgen vorgetragen. Die neueste dieser Publikationen stammt von einem Deutsch-Amerikaner, William S. Schlam. Er hält eine ständige atomare Kriegsdrohung für das einzige Mittel, um die westliche Welt vor der Ausbreitung der kommunistischen Ideen und Gesellschaftsformen zu schützen. Herr Schlam glaubt also wie die meisten seiner Gesinnungsgenossen so wenig an die innere Kraft der westlichen angeblich freiheitlichen Ideologie, daß er sie ohne Gewaltanwendung, ohne Krieg, ohne Blut nicht mehr für lebensfähig hält. Das ist das Resultat einer vierzehnjährigen, rein materialistisch und militaristisch rechnenden Strategie des Westens. Truman und Acheson gehören zu ihren Vätern und Aussenminister Dulles hat sie zusammen mit den Generalen des Pentagon weitergepflegt. Aber es scheint, daß er im letzten Stadium seines Lebens erkannt hat, daß es sich um eine Fehlkalkulation handelte. Herr Schlam sieht durchaus richtig, daß die Sowjets der Überzeugung sind, auf dem unblutigen Schlachtfeld der ideologischen, psychologischen und wirtschaftlichen Konkurrenz viel mehr gewinnen zu können als in einem völkermordenden Krieg. Die Sowjets sind keineswegs schneeweiße Lämmer, sie erstreben ebenso wie die Amerikaner eine Expansion ihrer Ideen- und Machtpositionen. Aber ihnen erfolgreich in den Weg zu treten, gelingt niemals mit Atomdrohungen und Vernichtungswaffen, sondern nur mit der Stärke der Idee und einer überlegenen oder mindestens gleichrangigen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung.

Es darf uns mit vorsichtigem Optimismus erfüllen, daß die westliche Front des kalten Krieges durchbrochen ist. Heute ist Macmillan, der Regierungschef einer konservativen Regierung, ernstlich bemüht um eine politische Entspannung durch ein Disengagement und einen Rapackiplan. Das geschieht gewiß nicht nur aus Wahlgründen, sondern auch aus einer höheren Einsicht, die in England niemals so vollständig wie in Washington oder in Bonn vom politischen Dogmatismus verdunkelt worden ist.

In den USA stehen heute noch zwei Lager im Kampf. Auf der einen Seite das Pentagon mit seinen Tausenden

von Generalen und die Atomenergiekommission, in welcher der Geist des zurückgetretenen Lewis Strauß noch sehr lebendig ist. Auf der anderen Seite eine wachsende Opposition im Senat, deren Wortführer, Männer wie Mansfield und Humphrey, sich sehr entschieden gegen die atomare Ausrüstung der Nato-Verbündeten wenden und einen baldigen Atomversuchsstopp betreiben. Dies würde auch die Bundesrepublik berühren. Umso größere Aufmerksamkeit müssen wir der Tatsache zuwenden, daß man in Westeuropa die autonome Herstellung der europäischen Atombombe betreibt. Es ist der Traum de Gaulles, Frankreich wieder zur Weltmacht zu machen; er glaubt, dies durch Aufnahme des Landes in den Atomclub erreichen zu können. Welch eine Illusion! Er vergißt, daß die westeuropäischen Länder, an Weltmaßstäben gemessen, auf die Stufe von Mittelstaaten gerückt sind und daß keine Atomexplosionen in der Sahara daran etwas ändern können. Da aber Frankreichs industrielles und finanzielles Potential beschränkt ist, hat man gern das Angebot von Bundesminister Strauß angenommen, daß die Bundesrepublik, die selbst vorläufig keine Atombomben herstellen darf, „Mitarbeit in der Forschung“ leistet. Wir wissen nicht, können uns aber vorstellen, wo und in welchen Formen sich diese Mitarbeit seither vollzieht. Ferner wurde anlässlich des Staatsbesuches de Gaulles in Italien von einer Atomachse Bonn-Paris-Rom gesprochen, nicht zufällig erfolgte kurz zuvor die Bereitschaftserklärung der neuen italienischen Regierung für die Stationierung von Atomraketenbasen in Italien. Auf diese neue Gefahr sollten alle diejenigen achten, die sich in der entschiedenen Ablehnung der Massenvernichtungsmittel einig sind. Wir müssen auch dem zweiten Teil der Konferenz mit der gebotenen Skepsis entgegen sehen. Immerhin ist damit zu rechnen, daß wenigstens in zwei Punkten eine Vereinbarung erzielt wird, nämlich über die Schaffung eines Provisoriums für Berlin und über die Einberufung einer Gipfelkonferenz. Bonn wird in dieser zweiten Phase wohl noch stärker als in der ersten Phase isoliert sein.

Unser vorsichtiger Optimismus stützt sich nicht etwa auf die Erwartung, daß Bundeskanzler Adenauer seine

bisherigen Auffassungen irgendwie geändert hätte oder ändern würde. Geändert aber hat sich die Überzeugungskraft seiner Argumente. Die Ereignisse um seine Kandidatur und die Formen ihrer Zurücknahme haben dem Mythos Adenauer einen schweren Stoß versetzt und damit auch dem Mythos von der russischen Todfeindschaft. Ferner hat sich CDU durchaus nicht mehr ein monolithischer Block von Adenaueranhängern und Kalten Kriegern ist, sondern daß sich die Erkenntnis eines neuen außenpolitischen Kurses immer mehr Bahn bricht. Ich gehöre nicht zu denen, die über den Zusammenbruch der außenpolitischen Fiktionen der Bundesregierung Schadenfreude empfinden. Wir müssen in erster Linie an den Frieden und die nationale Wohlfahrt denken und können deswegen nicht wünschen, daß aus der Niederlage eines Kanzlers und seiner Partei eine deutsche Katastrophe wird. In der öffentlichen Meinung ist das antikommunistische Trauma inzwischen gleichfalls schwächer geworden. Wer noch vor einem Jahre der Propagandathese entgegentrat, daß die Sowjets Europa militärisch überfallen wollen, der wurde als Träumer oder als Lügner bezeichnet. Heute kann man öffentlich, ohne auf ersten Widerspruch zu stoßen, feststellen, daß die Sowjets einen Krieg und gar einen Atomkrieg keinesfalls wollen. Aus ihrem eigenen Interesse nicht wollen. Das ist schon der erste Schritt zu einer ruhigeren Betrachtung der Weltlage. Natürlich besteht weiterhin die Gefahr, daß die kleine, aber starke Gruppe der Kalten Krieger weiterhin ihr „Nein“ zu jedem Ausgleich durchzwingt. Daß mit der Parole des sogenannten nationalen Notstandes die Stimmen der Vernunft zum Schweigen gebracht werden, die ja heute aus allen Lagern zu hören sind. Wir müssen noch ein wenig Geduld haben. Es ist ein großer Vorteil, daß sich schwerlich von heute auf morgen eine Katastrophe ereignen kann. Während noch vor einem Jahre ernstlich mit dem Ausbruch eines Atomkrieges gerechnet werden mußte, ist diese Gefahr vorläufig gebannt. Nach langem Zögern hat sich der Westen entschlossen, an den Verhandlungstisch zu gehen.

Solange man verhandelt, schießt man nicht.

Prof. Gröbe

## „Träger der Wahrheit sein“

Prof. Dr. Kurt Gröbe, Hamburg, der anschließend über das Thema sprach, „Was können die Bürger der Bundesrepublik tun, um die Verhandlungen zu fördern?“, knüpfte an die Ausführungen Prof. Hagemanns an. Liebe Freunde, die Referate des Herrn Präsidenten Müller und des Herrn Prof. Hagemann mußten ausführlich sein, um das schwierige, z.T. sumpfige, um nicht zu sagen „schlamm“ ige politische Gelände einmal abzustekken, damit wir die Plattform finden, auf der wir zur Tat kommen können. Ich werde mich bemühen, in meinem

Referat kurz zu sein. Denn: wichtiger als das, was wir vom Büro aus sagen für das, was zu tun ist, ist für uns zuweilen, was Sie für notwendig halten. Für die ganze politische Situation ist bezeichnend, was Prof. Heidecker anlässlich der Verleihung des Buchhändlerfriedenspreises in einer Rede gesagt hat: Er wies auf zwei Dinge hin: Erstens auf die Tatsache, daß die deutsche Regierungspolitik unrealistisch ist. Das ist geschichtsnotorisch, und ich glaube, jeder von uns wird in der Lage sein, den Tatsachenbeweis dafür anzutreten. Aber

die Unantastbarkeit der Regierenden ist vielleicht noch nicht so schlimm wie eine andere, nämlich die der Oppositionsparteien. Das sind Außenreden von Heidecker, die ich Sie bitte sich zu eigen oder nicht zu eigen zu machen. Ich selber möchte mich einer Stellungnahme dazu enthalten. Nur scheint aber dies eins der wichtigsten Dinge zu sein, über die nachzudenken sich lohnt: Die Ehrlichkeit, die Wahrhaftigkeit im politischen Leben. Und wenn ich mir durchlese, wie das Thema meines Referates heißt, nämlich „Was können die Bürger der Bundesrepublik tun, um die Genfer Verhandlungen zu fördern“, so frage ich mich zunächst einmal „Was ist denn der Bürger dieser Bundesrepublik“. Gibt es diesen Bürger überhaupt? Es ist kein Zweifel, daß es ihn als Einzelpersönlichkeit gibt, aber daß es dieser Bürger nicht verstanden hat, seine Überzeugung zu dem zu machen, was unsere Aufgabe ist, nämlich zu einer öffentlichen Meinung. Wir wissen, daß 80, 90 Prozent der Bevölkerung beispielsweise gegen die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik ist. Die Regierung dieser BR hat sich selbstherrlich über diese Auffassung der Bevölkerung hinweggesetzt. Sie konnte es um so leichter, als die Wucht der Empörung bald abflaute und der Sturm in den Segeln dieser Bewegung sehr bald abgefangen wurde, und zwar gerade von den Kreisen, die sich angeblich zur Aufgabe gemacht hatten, diesen Sturm weiterhin zu entfachen. Ich weiß nicht, ob ich in diesem Kreis politisch Einsichtiger deutlicher werden muß. Ich hoffe nicht. Unsere Aufgabe besteht in erster Linie darin, den Bürger der Bundesrepublik zu schaffen. Demokratie heißt zwar wörtlich übersetzt „Volksherrschaft“, aber wenn man dieser Übersetzung **Volksherrschaft** nicht zugleich beigesellt die Verpflichtung jedes einzelnen zum **Volksdienst**, zur **Volksverantwortlichkeit**, dann wäre das Wort „Demokratie“ in diesem Sinne unvollständig übersetzt.

Es ist kein Zweifel, daß der Bundeskanzler Adenauer sich zwar der Christlich-Demokratischen Union als zugehörig erklärt, aber daß sowohl das demokratische wie das christliche Element in diesem Sinne doch außerordentlich schwach vertreten ist. Er ist der Mann der einsamen Entschlüsse, er ist der Mann, der seine Entschlüsse faßt ohne Rücksicht auf seine Minister, ohne Rücksicht auf die Partei, deren Vorsitzender er ist, geschweige denn, daß er Rücksicht nähme auf die Bundesrepublikaner. Darin kommt ein Zynismus zum Ausdruck, eine geradezu menschenverächterische Art, wie man sie sich schlimmer nicht vorstellen kann.

Wenn man auf die bisherigen Ergebnisse der Genfer Konferenz zurückkommt, dann scheint mir eines doppelt zu unterstreichen, was Prof. Hagemann ausgedrückt hat, nämlich, daß die innerpolitischen Ereignisse in der BR ohne Genf wahrscheinlich nicht stattgefunden hätten, so wie sie stattgefunden haben. Ich bin überzeugt, daß der Verzicht Adenauers, nun auch noch Bundespräsident zu werden, nicht von ihm gefaßt worden wäre ohne Genf. Ich glaube, daß der Konflikt zwischen Adenauer und Ehrhardt, — ich möchte sagen Ehrweid als Ehr-

hardt, — wahrscheinlich ebenfalls anders oder gar nicht stattgefunden hätte. Und es ist nicht ganz reizlos zu sehen, wie Adenauer die englische Regierung und ihr Verhalten auf der Genfer Konferenz angriff und dabei von seinem doch wirklich treuen Adlatos, Herrn von Brentano, vor dem außenpolitischen Ausschuß des Bundestages **desavouiert** werden mußte. Mir scheint, das sind Ergebnisse der Genfer Konferenz, die es von uns auszuwerten gilt.

Wir haben von Herrn Beyer gehört, wie er in Genf von den einzelnen Delegationen empfangen worden ist, mit einem Ergebnis, auf das wir nun nicht eben stolz sein können oder das wir gar als Erfolg buchen können. Nun gibt es aber in dieser BR immerhin Mächte, die nicht — in Genf, auch nicht von einer Delegation de Gaulles — an der Pforte abgespeist, d.h. abgewiesen — abgespeist sind sie ja ohnehin nicht — werden können.

Prof. Hagemann hat davon gesprochen, daß eine demokratische Kontrolle des Bundestages bis zum Oktober nicht stattfinden kann. Ich frage, ist denn die demokratische Kontrolle des Bundestages, ist denn eine demokratische Kontrolle der Regierungsmaßnahmen durch die Opposition mit geringen Ausnahmen je so erfolgt, wie wir sie hätten erwarten können?

Ein sehr junger Abgeordneter der Oppositionspartei — nicht den Jahren, aber seiner Mitgliedschaft zur Oppositionspartei nach — Prof. Heinemann ist derjenige gewesen, der einmal etwas aussprach, was lange in den Bürgern der BR gezündet hat. Aber ansonsten, ist es nicht unvorstellbar, daß in Tagen, Wochen einer wirklich historischen Entscheidung dieses Parlament sich ausschaltet? Und ich sagte, wir — Herr Beyer hat es berichtet — sind in Genf z.T. an den Pforten abgewiesen worden. Ist es denkbar, daß eine Abordnung des deutschen Gewerkschaftsbundes mit ihren 8,9 Millionen Mitgliedern, die dahinter stehen, in Genf von den Delegationen abgewiesen werden könnte? Oder ist es denkbar, daß die sozialdemokratische Partei der Bundesrepublik dort abgewiesen werden könnte, wenn sie nur eines vorwies, nämlich den Deutschlandplan, den sie ausgearbeitet hat. Wenn es darin heißt, daß eine Entspannungzone geschaffen werden müsse, die zunächst einmal beide Teile Deutschlands, Polen, die CSR und Ungarn umfasse, so ist das auch unser Gedanke. Wenn es darin weiter heißt, daß innerhalb dieser Entspannungzone und ihren möglichen Erweiterungen, Vereinbarungen über die Rüstungsbeschränkungen der nationalen Truppen und über den gleichzeitigen Abzug der fremden Truppen der NATO und des Warschauer Paktes angestrebt werden müßten, so ist das auch unsere Überzeugung. Und wenn es weiter heißt, daß die nationalen Streitkräfte dieser Entspannungzone weder Atom- noch Wasserstoffbomben besitzen dürfen, so ist das, meine lb. Freunde, unser Anliegen.

Ich habe nicht die Absicht, mein Referat in die Länge zu ziehen dadurch, daß ich ihnen Einzelheiten des Deutschlandplanes der SPD vortrage. Ich bin überzeugt, daß Sie ihn alle kennen und

ihn sich aus dem Kongreßdienst, in dem er abgedruckt ist, in Erinnerung zurückerufen können. Was meinen Sie, lb. Freunde, wenn die Bürger der BR die Sozialdemokratische Partei veranlassen, nach Genf zu gehen, um den einzelnen Delegationen ihren Plan als Verhandlungsgrundlage vorzulegen und darüber hinaus zusammen mit den Gewerkschaften allen Delegationen klar machen, daß die bundesrepublikanische Delegation noch nicht einmal die Überzeugung der Gesamtheit ihrer eigenen Partei, der CSU und der CDU, **vertritt, geschweige denn**, daß sie die Meinung der bundesrepublikanischen Bevölkerung vertritt. Glauben Sie nicht mit mir, daß ein solcher Schritt Geschichte zu machen fähig wäre? Es ist sehr schwer, ein Rezept dafür zu geben, wie man das verwirklichen kann. Unsere erste Aufgabe ist es, nicht müde zu werden, die Bevölkerung aufzuklären. Der Deutsche ist im allgemeinen ein Mensch von kurzem politischen Gedächtnis. Unsere Aufgabe ist es, immer wieder die Tatsachen, die Wahrheit in die Bevölkerung hineinzutragen. Immer wieder das Feuer der Empörung anzufachen und darüber hinaus die Mitglieder der Gewerkschaften, die Mitglieder der Oppositionsparteien zu veranlassen, nach oben hin zu wirken, sich selbst verantwortlich zu fühlen und nicht mehr sich nur als Objekt der obrigkeitlichen Maßnahmen zu fühlen. Das **anzustreben, worauf es ankommt, nämlich daß die Entschlüsse, die oben gefaßt werden, Ausdruck des Willens derer sind, die unten leben.**

Sie werden verstehen, wenn ich dafür keine konkreten Dinge nennen kann, weil das, was man in dieser Beziehung tun kann, örtlich je nach den Verhältnissen verschieden ist. Aber das ist das Ziel. Ich stecke es nicht zu weit. Ich erwarte nicht, daß es uns gelingt, die Regierung und die Parteien, die sie stützen, wahrhaftig zu machen. Aber das, was unser Anliegen sein muß, ist, daß die Opposition wahrhaftig handelt und kämpft, weil ich davon überzeugt bin, daß sie dann auch wirklich und wirksam sein wird. Wenn uns das gelingt, liebe Freunde, dann ist der Schritt in die Zukunft schon sehr viel leichter. Wir wollen auch durchaus nicht allzu klein von den Ergebnissen dessen denken, was wir erreicht haben. Wir können heute schon sehr viel Dinge ungeschminkt aussprechen, um deretwillen wir noch vor einem halben Jahr den Besuch beamteter Organe in unseren Wohnungen zu befürchten hatten. Und wenn man das Ergebnis im Ausland betrachtet, ob in England, Amerika, Frankreich oder sonstwo, dann, glaube ich, kann uns der Mut für unser eigenes Durchhalten, für unseren eigenen Kampf nicht sinken. Wenn es heute eine internationale gibt und gab — nämlich die blutige Internationale der Kriegsausrüster —, dann ist es unsere Aufgabe, die Internationale aller Friedensfreunde, aller Atomrüstungsgegner zu stärken. Die Ansätze dafür sind gemacht. Ich glaube nach den grundsätzlichen Referaten Dr. Müllers und Prof. Hagemanns wissen wir die Richtung, in der wir zu gehen haben. Gehen wir unbekümmert und mutig diesen Weg weiter. Die Schakale heulen, die Karawane zieht weiter!

# „Es ist fünf Minuten vor zwölf“

Atombombenversuche müssen sofort beendet werden

*Das Interesse der gesamten Menschheit erfordert sofortige Vereinbarung über Stop der Kernwaffenversuche*

Die Welt horchte erschreckt auf, als Anfang 1954 bekannt wurde, daß japanische Fischer im Stillen Ozean in einen radioaktiven Aschenregen geraten waren, der durch einen amerikanischen Versuch mit der neuen Wasserstoffbombe ausgelöst wurde. Damals wurden vielen Menschen zum ersten Male die Gefahren der Radioaktivität verständlich, vor denen verantwortungsbewußte Wissenschaftler bereits seit Jahr und Tag gewarnt hatten. Die Strahlungsschäden, die von Kernwaffenexplosionen ausgelöst werden, bedrohen nicht nur die in unmittelbarer Nähe befindlichen Menschen und Tiere, sie stellen auch eine Gefahr für weit entfernt vom Explosionsherd befindlichen Lebewesen dar. Die seit 1953 unternommenen Untersuchungen amerikanischer, britischer, japanischer und sowjetischer Forscher ergaben, daß praktisch die Gesundheit der gesamten Menschheit bereits durch die Versuche mit Wasserstoffbomben bedroht ist.

Lange Zeit versuchte man in der westlichen Welt, die Forschungsergebnisse über die schädlichen Auswirkungen der Radioaktivität geheimzuhalten. Eine entscheidende Verantwortung hierfür trägt der US-Admiral Lewis Strauss, der langjährige Vorsitzende der amerikanischen Atomenergie-Kommission, der alle wissenschaftlichen Feststellungen über die Gefahren des fall-out (des durch Kernwaffenexplosionen ausgelösten radioaktiven Staubes) als militärische Geheimnisse behandelte.

*Die Warnung der Wissenschaftler*  
Mit großer Sorge beobachtet heute die Weltöffentlichkeit, die durch die Veröffentlichungen mutiger Wissenschaftler von den Gefahren der Radioaktivität und den unheimlichen Wirkungen des neuen Giftstoffes Strontium 90 erfahren hat, die Tatsache, daß noch immer nicht — trotz jahrelanger Verhandlungen — ein allgemeines Verbot von Kernwaffenexperimenten zwischen den Großmächten vereinbart wurde.

Die Einstellung der Kernwaffenversuche als erster Schritt zum weltweiten Verbot der Kernwaffen überhaupt ist heute von äußerster Dringlichkeit, denn nach Angaben von Nobelpreisträger Prof. Linus Pauling werden als Folge der erhöhten Radioaktivität in der Atmosphäre, die durch die bisher stattgefundenen Kernwaffenexperimente verursacht wurde, eine Million Menschen mehr an Krebs sterben, als dies ohne derartige Versuche der Fall gewesen wäre.

Bereits im Januar 1958 hat Prof. Pauling den UN-Generalsekretär eine von 9235 Wissenschaftlern aus 12 Ländern des Westens und des Ostens unterzeichnete Petition unterbreitet, in der dringend um das Zustandekommen eines internationalen Abkommens zur Einstellung der Atombombenversuche ersucht wird. Aber bis heute ist es noch immer nicht bei den Verhandlungen der Atomexperten in Genf zu

einer derartigen Vereinbarung gekommen, obwohl einwandfrei feststeht, daß eine Kontrolle eines solchen Abkommens sehr gut möglich wäre, da beim heutigen Stand der Technik Kernexplosionen, wo auch immer sie stattfinden, nicht mehr geheimgehalten werden können.

## Die Verseuchung durch Strontium 90

Noch sind die Forschungen über die Gefährlichkeit des radioaktiven Strontium 90 nicht abgeschlossen, noch gibt es unter den Wissenschaftlern Meinungsverschiedenheiten über die Größe der Dosis von Strontium 90, die sich lebensgefährlich auswirkt. Aber unübersehbare Tatsachen zeugen davon, daß die Gefahr gewaltig und daß größte Wachsamkeit am Platz ist.

So alarmierte erst kürzlich der britische Nobelpreisträger Professor Powell die Weltöffentlichkeit mit der Nachricht, daß durch den angestiegenen Strontium-90-Gehalt der Atmosphäre schon heute rund 200 000 Menschen Opfer der Leukämie geworden sind. Dänische Gesundheitsbehörden verboten jüngst den Bewohnern der Insel Saltholm die seit Jahrhunderten geübte Praxis, das Regenwasser als Trinkwasser zu benutzen, da es einen zu hohen Grad von Radioaktivität aufweise.

Heute ist in den USA bekannt, daß gerade in diesem Land der radioaktive Niederschlag größer ist als in der übrigen Welt. Die Verseuchung wird sich (auch ohne neue Explosionen) weiter erhöhen und in der Gegend des 40. Breitengrades (in der die am dichtesten besiedelten Gebiete der USA liegen) in den kommenden Monaten verdoppeln. Die 1957 festgesetzte maximale Sicherheitsgrenze der Radioaktivität ist durch die inzwischen erfolgten Explosionen bereits um 75 Prozent überschritten worden.

Der amerikanische Professor Russel Morgan, Leiter der Strahlenforschungsabteilung der Universität Baltimore, stellte fest: wenn auch vielleicht die von den Atombombenversuchen verursachten Todesfälle (10 von 100 000) noch geringfügig erscheinen könnten, so dürfe sich niemand täuschen, daß durch weitere Kernwaffenversuche die Sterblichkeitsziffer rapid emporschnellen werde.

Die jüngsten Veröffentlichungen der amerikanischen Atomenergiekommission haben ergeben, daß die durch Kernwaffenexplosionen in die Stratosphäre geschossenen radioaktiven Partikel wesentlich schneller aus der Stratosphäre wieder auf die Erde herabsinken, als man ursprünglich angenommen hatte.

Trotz all dieser Tatsachen versuchen offizielle Stellen in den USA und natürlich auch in der Bundesrepublik, immer wieder die Gefahren der Kernwaffenexperimente zu verniedlichen, um die beunruhigte Öffentlichkeit von ihrer Forderung nach Einstellung der Versuche und nach Verbot der Atomwaffen abzubringen. Erst am 7. Mai veröffentlichte die amerikanische Atomenergie-Kommission eine der-

artige Beruhigungspille in Form eines Sachverständigenberichts, in dem versucht wird nachzuweisen, daß alles ja gar nicht so schlimm sei.

## Bonner Beruhigungspillen

Eine solche löbliche Tätigkeit der USA nimmt man sich in Bonn natürlich sofort zum Vorbild. Die Wochenschrift „Neue Politik“ schreibt in diesem Zusammenhang:

„Atomminister Balke hat jetzt, veranlaßt durch eine im Bundestag an ihn gerichtete Anfrage der SPD, einen Überblick über den Stand der Radioaktivität in Luft und Wasser gegeben. Er hat dabei die Überzeugung ausgesprochen, in der Bundesrepublik sei bislang an keiner Stelle die von der Europäischen Atomgemeinschaft festgesetzte Toleranzdosis für den menschlichen Organismus überschritten worden. Wenngleich die Ansichten darüber sehr auseinandergehen, ob die unter der Toleranzdosis bleibende Speicherung radioaktiver Stoffe im menschlichen Körper nicht doch zumindest bei späteren Generationen Schäden auslösen kann, und wenngleich die Toleranzdosis auf Grund neuerer wissenschaftlicher Erkenntnisse im Lauf der letzten Jahre verschiedentlich herabgesetzt werden mußte, könnte diese Feststellung des Bundesatomministeriums doch beruhigend wirken, wenn sie nicht vom Stand des Januars 1959 ausgehen würde. Nun ist es aber nicht nur im Atomministerium, sondern auch in der Öffentlichkeit bekannt, daß gerade seit Januar die radioaktive Luft- und Wasserversuchung erheblich zugenommen hat.

Während z. B. im vergangenen Jahr in der Bundesrepublik die Radioaktivität der Luft nur selten und auch dann zumeist nur bei regnerischem Wetter über 1 Mikro-Röntgen lag, ist sie seit Beginn dieses Jahres immer mehr angestiegen. In vielen Gebieten sind Werte von 7,5 Mikro-Röntgen selbst bei dem anhaltend trocknen Wetter der letzten Wochen keine Seltenheit mehr. Nur an wenigen Tagen sinkt der Spiegel der Lufradioaktivität noch unter 2 Mikro-Röntgen. Es ist wirklich fraglich, ob nach dieser Entwicklung der Atomminister noch seine nach dem Stand vom Januar „mit großer Sicherheit“ abgegebene Erklärung völliger Unschädlichkeit des radioaktiven Gehaltes von Luft und Wasser aufrechterhalten kann.“

## Alarmierende Untersuchungsergebnisse

Aber die verantwortungsbewußten Wissenschaftler lassen sich durch die Ablenkungsmanöver der Atomstrategen nicht beeindrucken und setzen ihre Forschungsarbeit fort. Dies wird deutlich in einem Interview der „Welt der Arbeit“ mit dem Radiologen Dr. Herbst vom Radiologischen Institut der Freiburger Universität, in dem es u. a. heißt:

Dr. Herbst meinte gleich zu Beginn unserer Unterhaltung: „Die Situation der Radioaktivität ist, fern von unangebrachter Verniedlichung oder Dra-

matierung und frei von politischen Leidenschaften oder wirtschaftlichen Spekulationsgelüsten, nur in sachlich nüchterner, wissenschaftlicher Arbeit zu sehen." — Wenn man an die Gefahren der atomaren Verseuchung denkt — und dabei geht es in erster Linie um Rückstände, die bei den Versuchen und sonstigen Gelegenheiten in die Atmosphäre gelangen —, so fürchtet sich der Laie vor allem vor den Gefahren der Strahlen, die uns aus der Luft bedrohen. Tatsächlich beruht aber das Hauptproblem nicht nur in der äußeren Strahlung. Diese ist so klein, daß sie kaum meßbar ist. Auch die Radioaktivität, die wir mit der Luft einatmen, ist verschwindend gering. Der größte Gefahrenherd liegt in den radioaktiv verseuchten Substanzen, die wir mit der Nahrung in unseren Körper aufnehmen. Mit Regen und Schnee erreicht der radioaktive Staub die Erdoberfläche. Nicht nur Obst und Gemüse sind damit der Gefahr der Verseuchung ausgesetzt, sondern über das Futter gelangt die Radioaktivität in den tierischen Körper und wirkt gefährdend auf Fleisch, Milch, Eier usw.

Die Wissenschaft hat genaue Beobachtungen und Messungen angestellt und sogenannte Schwellenwerte der Radioaktivität errechnet, bei deren unterer Grenze man noch von einer wahrscheinlichen Ungefährlichkeit der Strahlen spricht. Dieser Schwellenwert stellt aber eine sehr unvollständige

und durchaus nicht überzeugende Beruhigungsformel dar. Besonders gefährlich und in seiner Bedeutung von der Öffentlichkeit noch kaum erkannt ist nämlich folgende Tatsache: Radioaktive Strahlen lassen sich nicht mit anderen Stoffen vergleichen. Während chemische Gifte z. B. neutralisiert werden können, sind radioaktive Strahlen künstlich nicht mehr umzuwandeln und auch nicht zu entfernen. Sind sie einmal vom menschlichen Organismus aufgenommen, so bleiben sie mehr oder weniger lange Zeit dort. Zwar handelt es sich bei dem gegenwärtigen Stand der künstlich erzeugten Radioaktivität nur um kleinste Mengen, aber das Risiko liegt darin, daß sich die jeweils geringen Dosen summieren und dann Folgen haben können, die sich heute noch gar nicht absehen lassen.

Damit kommen wir zu einem sehr bedenklichen Faktor, nämlich zur Vererbung. Bekanntlich gibt es eine radioaktive Grundstrahlung, die auf der Erde bereits bestand, ehe der Mensch lernte, Atome zu spalten. Man weiß, daß die sprunghafte Veränderung einer Erbanlage, die sogenannte Mutation, die ja ein Teil der Entwicklungsgeschichte der Lebewesen ist, zu einem Teil auf diese natürliche Grundstrahlung zurückgeführt werden kann. Wie nahe liegt die Folgerung, daß jede, auch die kleinste zusätzliche Strahleneinwirkung von außerhalb des Körpers oder aus inkorporiertem

Material auf die Keimzellen zur Erhöhung der Mutationsrate führt!

Um unseren Lesern ein umfassendes Bild über den augenblicklichen Stand der Forschung auf dem Gebiet der radioaktiven Strahlen zu geben, drucken wir in dieser Ausgabe des „Konkreßdienstes“ einen Bericht des sowjetischen Professors D. Woskoboïnik über „Die Wirkungen von Kernwaffen“ ab, den wir der Zeitschrift der Weltförderung der Wissenschaftler „Wissenschaftliche Welt“ Nr. 2 vom Januar 1959 entnehmen.

Zum Schluß sei noch darauf hingewiesen, daß der amerikanische Atomforscher Prof. Linus Pauling zusammen mit dem britischen Gelehrten Bertrand Russell und anderen bekannten Wissenschaftlern dem Bundesgerichtshof der Vereinigten Staaten in Washington einen Antrag unterbreitet hat, demzufolge die Kernwaffenversuche mit Rücksicht auf die anwachsende Gefährdung der Menschheit durch Strahleneinflüsse verboten werden sollen.

Der einzige Schutz vor den verderblichen Strahleneinflüssen ist in der Tat die Einstellung der Kernwaffenversuche als erster Schritt zu einem allgemeinen Verbot der Atombomben, damit die gewaltigen Entdeckungen der Atomforschung zum Nutzen der Menschheit und nicht länger zu ihrer Vernichtung angewandt werden können.

Prof. D. WOSKOBOINIK, UdSSR

## Gefahren der Atombombenversuche

Auf der einen Seite ist im Ergebnis der Arbeit der Wissenschaftler ein neuer Zweig der Energieerzeugung, die Atomindustrie, entstanden. Infolge der Errichtung großer Atomkraftwerke in einigen Ländern erhöht sich die Energiekapazität dieser Länder um ein Beträchtliches. Wird die jetzige Forschung, die eine Beherrschung der thermonuklearen Reaktionen erstrebt, zu einem erfolgreichen Abschluß gebracht (und wir haben allen Grund anzunehmen, daß dieses Ziel erreicht wird), so wird der Energiemangel für alle Zeiten behoben sein und die Menschheit eine Energiequelle haben, die jeden Bedarf deckt. Die Möglichkeit, große Mengen radioaktiver Isotope in Kernreaktoren zu gewinnen, hat die Wissenschaft, die Industrie und die Landwirtschaft mit neuen Forschungs- und Arbeitsmitteln ausgestattet und der Medizin neue Behandlungsmittel in die Hand gegeben. Die Menschen in der ganzen Welt wissen die nutzbringenden Seiten dieser großen wissenschaftlichen Entdeckung zu schätzen, die die wissenschaftliche und technische Grundlage für eine nie gekannte Hebung des menschlichen Wohlstandes darstellt.

Auf der anderen Seite ist die Entdeckung der Möglichkeiten, Kernenergie freizusetzen, dazu benutzt werden, eine neue todbringende Waffe von riesiger Zerstörungskraft zu schaffen. Das Besondere dieser Waffe besteht darin, daß sich ihre Auswirkungen nicht auf den Augenblick der Detonation beschränken, sondern sich auf Grund bei der Explosion entstehenden

Radioaktivität auf viele Jahre danach erstrecken. Infolge dieses Umstandes ist diese Waffe nicht nur für die jetzige Generation, sondern auch für künftige Generationen gefährlich. Viele Menschen sind sich bewußt, daß die Bevölkerung der Erde im Falle eines Atomkrieges unerhörte Verluste erleiden würde. Viele Millionen Menschen würden getötet und verstümmelt werden, Werte, die sich im Laufe von Jahrhunderten angesammelt haben, würden vernichtet und die Menschheit insgesamt an den Rand der Vernichtung und Entartung gebracht werden. Und doch hat es den Anschein, als ob nicht jeder Mensch wüßte, daß infolge der ständigen Kernwaffenversuche die Gefahr sogar heute, in Friedenszeiten, groß ist. Der Zweck dieses Artikels besteht darin, den Charakter und die Größe dieser Gefahr zu erläutern.

### 1. Die Kernwaffentypen

Wir wollen die verschiedenen Kernwaffentypen kurz beschreiben.

#### a) Kernbomben vom Spaltungstyp

Diese Art von Bomben, oft Atombomben genannt, beruht auf dem Prinzip der Energiefreisetzung in einer sich selbst unterhaltenden Spaltungsreaktion schwerer Atome des Urans 235, des Urans 233 oder des Plutoniums 239. Der erste dieser Stoffe ist eine Abart des Urans, die in natürlichem Uran zu 0,7 Prozent vorkommt. Natürliches Uran (das zu über 99 Prozent aus Uran 238 besteht) läßt sich nicht als Material für Atombomben verwenden. Es kann nur für langsame

Reaktionen in Kernreaktoren verwendet werden.

Um eine explosive Ladung herzustellen, ist es notwendig, das Uran 235 vom natürlichen Uran zu isolieren. Das ist nicht leicht, da die chemischen Eigenschaften beider Uranarten gleich sind und da die üblichen chemischen Methoden der Trennung von Stoffen nichts nützen. Es sind verschiedene physikalische Trennungsmethoden ausgearbeitet worden, die auf einem gewissen Massenunterschied zwischen den Atomen des Urans 238 und des Urans 235 beruhen. Als wirksamste Methode hat sich die Gasdiffusion durch dünne poröse Membranen herausgestellt, die in metallenen Vakuumkammern von ungeahnter Größe und Kompliziertheit durchgeführt wird. Die beiden anderen von mir erwähnten Stoffe, Uran 233 und Plutonium 239, kommen nicht in der Natur vor. Sie sind künstliche Produkte, die in Kernreaktoren gewonnen werden. Der Ausgangsrohstoff für ihre Herstellung sind natürliche Stoffe, Thorium 232 und Uran 238.

Die Ladung einer Atombombe kann nicht zur Explosion gebracht werden, wenn ihre Masse unter einem bestimmten Wert liegt, der „kritische Masse“ genannt wird. Die Größe der kritischen Masse ist bei den verschiedenen Atombomben unterschiedlich, sie liegt aber immer im Größenbereich von 10 Kilogramm. Um eine Explosion auszulösen, werden bestimmte Mengenteile, die im einzelnen kleiner als die kritische Masse sind, schnell miteinander vereinigt. Dann findet in

der so entstandenen überkritischen Masse eine spontane, lawinenartige Spaltungsreaktion statt, bei der die ungeheure Energiefreisetzung von  $1,8 \times 10^{13}$  Kalorien pro Kilogramm der reagierenden Masse erfolgt. Zum Vergleich kann gesagt werden, daß diese Energiemenge bei der Verbrennung von 2000 Tonnen Kohle entsteht.

Die Explosionsenergie der ersten Atombomben entsprach der von 20 000 Tonnen Trinitrotoluol (TNT). Bomben dieser Art wurden auf die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki abgeworfen. Sie töteten und verstümmelten Hunderttausende von Menschen. Im Laufe der Zeit ist die Explosivkraft der Atombomben durch eine größere Ausnutzung der Atomladung noch um ein Vielfaches erhöht worden, indem für die Explosion Bedingungen geschaffen wurden, unter denen der größere Teil der Atomladung gespalten wird, bevor die einzelnen Teile der Ladung die Sprengwirkung auseinandergeschleudert werden. Doch eine weitere Erhöhung der Explosionsstärke von Atombomben ist kaum möglich, da die kritische Masse einer Steigerung der Masse der einzelnen Teile der Atomladung eine Grenze setzt und da eine Vergrößerung der Zahl der kombinierten Teile der Atomladung fruchtlos ist.

Kernwaffen, die eine wesentlich größere Zerstörungskraft haben, sind nach anderen Prinzipien aufgebaut.

*b) Kernwaffen, die auf der Fusionsreaktion beruhen*

Eine Atomladung dieses Typs hat eine Explosivkraft auf Grund der Energie, die durch die Fusion („Verschmelzung“) zweier Kerne der schweren Wasserstoffisotope zu einem Kern freigesetzt wird. Sie wird deshalb Wasserstoffbombe genannt. Am wirksamsten ist die Fusionsreaktion von schwerem Wasserstoff (Deuterium) und überschwerem Wasserstoff (Tritium). Um diese Reaktion zustandzubringen, ist eine Temperatur in der Größenordnung von zehn Millionen Grad erforderlich. Die Reaktion, die bei dieser Temperatur stattfindet, wird oft „thermonukleare Reaktion“ und die Wasserstoffbombe thermonukleare genannt.

Zur Zeit scheint die einzige Energiequelle, die für eine thermonukleare Reaktion nötig ist, die auf der Kernspaltung beruhende Atombombe zu sein. Deshalb „zündet“ gleichsam eine Atombombe die Wasserstoffladung. Der Energiebetrag pro Gewichtseinheit der reagierenden Substanz übersteigt bei einer Wasserstoffladung den der Atomladung um das Sechsfache. Doch nicht darauf ist die grundsätzliche Erhöhung der Explosionsstärke der Wasserstoffbomben zurückzuführen, sondern auf die Tatsache, daß eine Wasserstoffbombe im Gegensatz zu einer Atombombe unbegrenzt vergrößert werden kann, da sie nicht an eine kritische Masse gebunden ist. Die Explosionsenergie von Wasserstoffbomben entspricht wahrscheinlich der Explosivkraft einiger Millionen Tonnen TNT.

Wir wollen nun die Stoffe behandeln, die für eine Wasserstoffbombe erforderlich sind. Deuterium ist in der Form schweren Wassers ein Bestandteil gewöhnlichen Wassers und kann verhältnismäßig leicht von ihm abgeschieden werden. Tritium ist ein teures Produkt, das in Kernreaktoren gewon-

nen wird. Tritiumkerne sind instabil und verwandeln sich in stabile Kerne von Helium 3. Im Laufe von zwölf Jahren setzt sich die Hälfte der ursprünglichen Tritiumatome um. Man nimmt an, daß für die zuerst erprobten Wasserstoffbomben eine stabile Lithium- und Deuteriumverbindung, das sogenannte Lithiumdeuterid, verwendet wurde. Die freien Neutronen, die bei der Explosion des Atomzünders freigesetzt werden, wirken auf das Lithium und bilden Tritium, das wiederum mit dem Deuterium reagiert. Deshalb ist die Ladung einer Wasserstoffbombe billiger als der Atomzünders der Bombe.

für Kernwaffen spezifische Eigenschaft, radioaktive Stoffe zu erzeugen.

Seit einiger Zeit wird viel über die sogenannte „saubere“ Bombe geschrieben, bei deren Explosion angeblich keine radioaktiven Stoffe entstehen. Wir werden beweisen, daß dies unmöglich ist. Jede Kernbombe, gleich welcher Art, bringt radioaktive Stoffe hervor. Das einzige, worüber man diskutieren kann, ist die Menge der radioaktiven Stoffe, die Intensität oder die verschiedenen Arten der radioaktiven Auswirkungen. Diese Frage wird ausführlicher im Abschnitt „Die radioaktiven Wirkungen“ behandelt werden.



*Sowjetische Gelehrte bei der Beratung über Atomwaffengefahren*

*c) Kernbomben, die auf der „Spaltungs-Fusions-Spaltungsreaktion“ beruhen*

Die ungeheure Explosionsstärke einer Wasserstoffbombe kann auf verhältnismäßig einfache Weise weiter gesteigert werden. Wenn wir die Wasserstoffbombe mit einer Schicht gewöhnlichen Urans umgeben, so spalten die bei der Fusion von Deuterium- und Tritiumkernen freiwerdenden energiereichen Neutronen die Kerne des Urans 238, was eine zusätzliche Energiefreisetzung zur Folge hat. Schematisch betrachtet, kann man eine Bombe dieses Typs (man kann sie eine kombinierte Atom-Wasserstoffbombe nennen) als dreistufig bezeichnen. Eine gewöhnliche Atombombe stellt den zentralen Teil dar, dann folgt die Schicht der Wasserstoffladung und dann eine Schicht natürlichen Urans. Die in der zentralen Zone beginnende Spaltungsreaktion „entzündet“ die Wasserstoffladung, deren Explosion durch die Spaltung der Kerne des Uranmantels verstärkt wird. Die Explosivkraft einer solchen Bombe entspricht etwa der von 10 bis 15 Millionen Tonnen TNT, das ist mehr als die Stärke aller in den beiden Weltkriegen zur Explosion gebrachten Sprengstoffe zusammen.

Diese Einteilung ergibt sich aus den Unterschieden der bei der Explosion vor sich gehenden physikalischen Prozesse. Die physikalische Wirkung der verschiedenen Bombentypen aber ist immer gleich, nur ihre Intensität ist unterschiedlich. Alle Kernwaffentypen haben die um viele Tausende und Millionen Male verstärkte Explosivkraft herkömmlicher Sprengstoffe sowie die

Heutzutage gibt es verschiedene Methoden, Kernbomben zu ihrem Ziel zu befördern, angefangen von Artilleriegeschossen bis zu ballistischen Raketen. Bei den modernen Mitteln der militärischen Technik können sowohl Truppen an der Front als auch Industrieobjekte und die Zivilbevölkerung weit im Hinterland getroffen werden. Um eine klare Vorstellung von allen Gefahren zu vermitteln, die sich aus der möglichen Anwendung von Kernwaffen und aus den ständigen Versuchen mit Atom- und Wasserstoffbomben ergeben, behandeln wir die verschiedenen Seiten der physikalischen Wirkung von Kernexplosionen.

**2. Die Wirkungen von Kernexplosionen**

Man unterscheidet bei den Kernexplosionen drei Arten von Wirkungen: die Druckwelle, die Hitzestrahlung und die radioaktive Wirkung. Die letztere kann wiederum in zwei Arten unterteilt werden: in die direkte Bestrahlung während der Explosion und in die Wirkung des sich in einem langen Zeitraum nach der Explosion ablagernden radioaktiven Staubes.

*a) Die Druckwelle*

Die bei der Explosion entstehende Detonations- oder Druckwelle hat Überschallgeschwindigkeit und wirkt auf die Objekte der Umgebung wie ein Schlag mit einem riesigen Hammer. Bei Atombomben, deren Explosionsstärke der von 20 000 Tonnen TNT gleichkommt, sogenannten Nominalatombomben, werden Menschen auf offener Fläche in einem Umkreis von 1300 Metern tödlich verletzt. Der Bereich der totalen Zerstörung großer Gebäude ist etwas größer, sein Radius

beträgt 1600 Meter. In Entfernungen, die mindestens das Doppelte des oben-erwähnten Radius betragen, wurden schwere Beschädigungen an Gebäuden festgestellt.

Um die Wirkung stärkerer Bomben abzuschätzen, können wir folgende Regel anwenden. Der Radius der zerstörenden Wirkung der Druckwelle ist der Kubikwurzel der Explosionsstärke proportional. Das heißt bei einer Bombe, deren Explosionskraft der von 20 Millionen Tonnen TNT gleichkommt, verzehnfacht sich die oben-erwähnten Radien. Folglich werden Gebäude innerhalb eines Umkreises von 16 km total zerstört, das entspricht einem annähernd 200 km<sup>2</sup> großen Gebiet totaler Vernichtung. Eine einzige solche Bombe kann eine Großstadt mit mehreren Millionen Einwohnern dem Erdboden gleichmachen.

#### b) Die Hitzestrahlung

Die Hitzewirkung einer Kernexplosion hängt wesentlich von den meteorologischen Bedingungen ab. Am schlimmsten ist die Wirkung bei klarem Wetter. Unter solchen Bedingungen kann eine Bombe, die in ihrer Explosionsstärke 20 000 Tonnen TNT entspricht, schwere Hautverbrennungen und Feuersbrünste in einer Entfernung bis zu 1,5 km hervorrufen; eine Bombe, deren Explosionsenergie der von 20 Millionen Tonnen TNT gleichkommt, kann diese Wirkung bis zu 45 km weit ausüben. Der wesentliche Unterschied, der zwischen einer Nominalatombombe und einer Bombe hoher Explosionsstärke hinsichtlich des Bereiches der vernichtenden Hitzewirkung besteht, erklärt sich durch die Tatsache, daß bei dieser physikalischen Wirkung der Vernichtungsradius mit der Quadratwurzel der Explosionsstärke wächst. Deshalb haben die thermischen Wirkungen einer Explosion bei klarem Wetter eine noch größere Reichweite als die Druckwelle.

#### c) Die radioaktiven Wirkungen

##### 1. Die direkte Bestrahlung während der Explosion

Eine Kernexplosion ist von einer starken Gamma- und Neutronenstrahlung begleitet. Bei der Bestimmung der schädlichen Wirkung von Gammastrahlen wird der Begriff der Strahlendosis gebraucht, die in Röntgen gemessen wird (1 r entspricht der Energieabsorption von 93 ergs pro Gramm des Gewebes). Am gefährlichsten ist eine intensive kurzfristige Bestrahlung des ganzen Körpers. In diesem Falle ist eine Dosis von 400 r für 50 Prozent der Exponierten tödlich. Man nimmt an, daß unter gleichen Bedingungen eine Dosis von 600 r absolut tödlich ist. Eine zeitliche Ausdehnung der Bestrahlung oder eine Konzentration auf bestimmte Körperteile hebt die tödliche „Schwelle“. Doch bei einer Kernexplosion sind die Bestrahlungsbedingungen äußerst ungünstig. Bei der Explosion einer Nominalatombombe beträgt die Entfernung, die einer Dosis von 400 r entspricht, etwa 1 km. Bei einer Bombe hoher Explosionsenergie vergrößert sie sich bis auf 3 km. In diesem Falle ist die Todeszone auf Grund einer ziemlich großen atmosphärischen Absorption der Strahlen verhältnismäßig klein.

Das geeignetste Maß für die Dosis der Neutronenstrahlung ist die Zahl der Neutronen, die auf eine Fläche von 1 cm<sup>2</sup> pro Sekunde auftreffen. Die tödliche Menge schneller Neutronen be-

trägt 10<sup>11</sup> pro cm<sup>2</sup> in der Sekunde. Bei langsamen Neutronen beträgt die tödliche Menge 5×10<sup>11</sup> pro cm<sup>2</sup> und Sekunde. In beiden Fällen werden diese Werte in Entfernungen aufgenommen, die kürzer als der Todesradius der Gammastrahlen sind. Deshalb ist es überflüssig, den tödlichen Bereich der Neutronenstrahlung getrennt von dem der Gammastrahlung zu behandeln.

##### 2. Die Wirkung der radioaktiven Explosionsprodukte

Bei einer Kernexplosion entstehen große Mengen radioaktiver Stoffe. Man sollte hier unterscheiden:

a) Radioaktive Produkte der Kernspaltung;

β) radioaktive Produkte, die in der Atmosphäre und am Boden durch Absorption der bei der Explosion freierwerden Neutronen entstehen (Aktivierung der Stoffe).

Jeder radioaktive Stoff hat eine für ihn charakteristische Halbwertszeit, das ist die Zeitspanne, in der die Hälfte der ursprünglich vorhandenen Substanz zerfallen ist. Je kürzer die Halbwertszeit, um so aktiver ist der Stoff, aber um so schneller verschwindet er. Aktive Substanzen mit einer Halbwertszeit von einigen Stunden und weniger sind nur innerhalb kurzer Perioden in der Zone gefährlich, die in der unmittelbaren Nachbarschaft der Explosionsstelle liegt. Radioaktive Stoffe mit einer sehr langen Halbwertszeit (in der Größe von Jahrmillionen) sind vom Standpunkt der Radiologen nicht sehr gefährlich, da nur ein verschwindend kleiner Teil der Atome des ganzen Stoffes in einer Zeiteinheit zerfällt und da die spezifische Aktivität des Stoffes, d. h. die Aktivität pro Gewichtseinheit, gering ist. Am gefährlichsten sind Stoffe mit einer mittellangen Halbwertszeit, von der Größenordnung einiger Jahrzehnte. Sie können auf einen Menschen sein ganzes Leben lang einwirken, wobei die spezifische Aktivität dieser Substanzen ganz beträchtlich ist.

Von diesem Gesichtspunkt aus sind Strontium 90 (Halbwertszeit 28 Jahre) und Cäsium 137 (Halbwertszeit 33 Jahre) als die gefährlichsten Spaltprodukte zu betrachten. Was aktiviert wird, hängt in großem Maße von den Bedingungen der Explosion ab. Bei einer Luftdetonation ist das wesentlichste Aktivierungsprodukt Kohlenstoff 14 (Halbwertszeit 5600 Jahre), der durch die Reaktion von Neutronen mit den Kernen des in der Luft enthaltenen Stickstoffs entsteht. Bei einer Erddetonation bilden sich durch Aktivierung neben radioaktivem Kohlenstoff radioaktive Stoffe von Elementen, die an der Erdoberfläche vorhanden sind. Die wichtigsten sind Natrium 24 und Mangan 56 mit den verhältnismäßig kurzen Halbwertszeiten von etwa 15 bzw. 3 Stunden.

Der relative Anteil des einen oder anderen Explosionsproduktes ist nicht nur von den Bedingungen der Explosion abhängig, sondern auch von der Art der Atomladung. Die Kernspaltungsbombe erzeugt grundsätzlich Spaltprodukte. Das gleiche trifft für die kombinierte Bombe vom Spaltungs-Fusions-Spaltungstyp zu, nur mit dem Unterschied, daß in diesem Falle die Menge der Spaltprodukte fast um das Tausendfache größer ist. Eine Fusionsbombe erzeugt hauptsächlich Aktivierungsprodukte. Auf den ersten Blick mag es scheinen, als

ob die Strahlengefahr geringer wäre als bei der Spaltungsbombe, da die Stoffe mit der gefährlichsten Halbwertszeit nicht unter den Aktivierungsprodukten zu finden sind. Das ist aber falsch.

Erstens muß man für die Zündung einer Wasserstoffbombe eine Uran- oder Plutoniumbombe haben, die Spaltprodukte hervorbringt. Zweitens bleiben, selbst wenn der „Atomzünder“ durch etwas anderes ersetzt würde (z. B. durch eine sich steigernde Explosion eines herkömmlichen Sprengstoffes), die gefährlichen Auswirkungen des radioaktiven Kohlenstoffs. Dieser wird in den Kohlenstoffkreislauf der Natur einbezogen und durchdringt jedes Objekt der organischen Welt. Darüber hinaus sammelt er sich mit der immer größeren Zahl der Detonationen an, da er eine lange Halbwertszeit hat. Der sowjetische Wissenschaftler I. I. Leipunski hat vor kurzem die Strahlengefahr berechnet, die durch eine hypothetische reine Wasserstoffbombe (d. h. eine Wasserstoffbombe ohne Atombombe als Zünder) entstehen würde, die die gleiche Explosionsstärke wie eine Kernspaltungsbombe hat. Diese Berechnung hat ergeben, daß bei beiden Bombentypen die vom Gewebe aufgenommene Strahlendosis wie auch die Zahl der Todesfälle und Erkrankungen während der ganzen Periode des Zerfalls der Radioisotope etwa gleich groß wären.

Die „saubere“ Bombe ist also eine Erfindung der Politiker und Militärs, um die Fortsetzung der Wasserstoffbombenversuche zu rechtfertigen.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf einen Aspekt der „sauberen“ Bombe aufmerksam machen, der bei Diskussionen meist übersehen wird. Nehmen wir an, daß die Entstehung radioaktiver Explosionsprodukte ausgeschlossen wäre. Könnte man dann eine Waffe mit einem so großen Vernichtungsgrad, wie ihn die Wasserstoffbombe hat, als „human“ ansehen? Gelangte sie in einem Krieg zur Anwendung, so würde sie ohne Zweifel Millionen Zivilisten, alten Menschen, Frauen und Kindern, das Leben kosten. Dieser Umstand allein sollte genügen, um die Kernwaffen als eine Beleidigung für das Bewußtsein der Nationen zu brandmarken. Die Versuche mit Kernwaffen einzustellen und deren Verwendung zu verbieten, ist darum lebensnotwendig. Alle um das Schicksal der Menschheit bangenden Menschen sollten in dieser Frage einig sein.

Doch wir wollen zur Frage der radioaktiven Auswirkungen der Kernwaffen zurückkehren und etwas ausführlicher auf die Verbreitung der radioaktiven Explosionsprodukte eingehen. Betrachten wir etwas genauer die Explosion einer großen Bombe, deren Explosionsenergie der von 10 bis 20 Millionen Tonnen TNT entspricht. In diesem Falle wird ein beträchtlicher Teil der radioaktiven Wolke unter der Wirkung des ungeheuren Druckes und der enormen Energieentwicklung in große Höhen geschleudert und dringt bis in die Stratosphäre ein. Relativ große Teilchen (von der Größenordnung einiger Dutzend Mikron und mehr) kehren langsam in die tieferen Schichten der Atmosphäre zurück, während die kleineren Teilchen (mit einem Durchmesser von einem Mikron

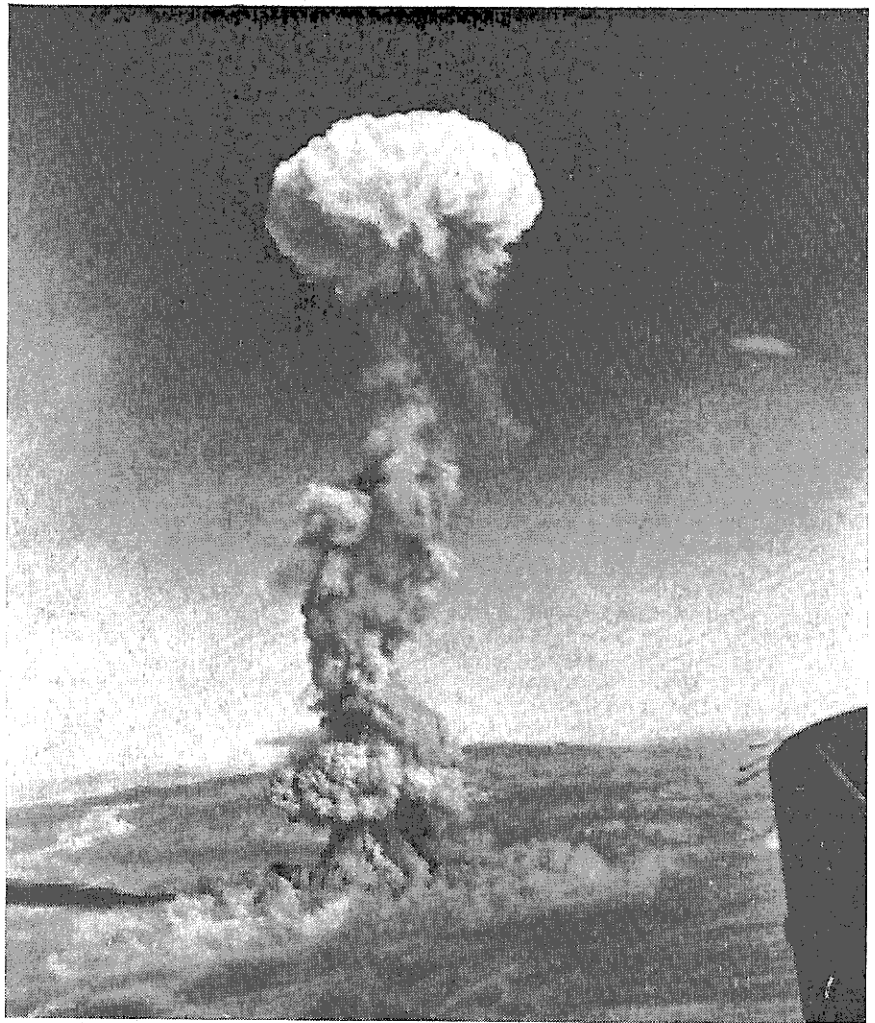
und noch weniger) in der Stratosphäre bleiben und sich langsam im Laufe von Jahrzehnten auf der Erde ablagern. Infolge der in den oberen Schichten der Atmosphäre vor sich gehenden intensiven Diffusion und Vermischung verteilen sich diese Teilchen gleichmäßig über die ganze Erdoberfläche. Diese Ablagerung radioaktiver Stoffe wird *globaler Fall-out* genannt. \*)

Große Teilchen (10–500 Mikron) fallen mehrere Stunden oder Tage nach der Explosion auf die Erde herab. Diese Art wird *lokaler oder gebietsweiser Fall-out* genannt. Die Zone der gebietsweisen Verseuchung hängt von der Geschwindigkeit und Richtung der vorherrschenden Winde ab, wenn man nicht den Wind an der Erdoberfläche in Betracht zieht, sondern den Mittelwert des in den Schichten in etwa 1 bis 15 oder 20 km Höhe vorhandenen Windes. Deshalb ist es unmöglich, mit Sicherheit das Gebiet der Verseuchung vorauszusagen. Zum Beispiel ist bekannt, daß die Zone der gebietsweisen Ablagerung radioaktiver Teilchen bei der Explosion, die die Vereinigten Staaten im März 1954 bei Bikini durchführten, die Form einer länglichen Ellipse hatte und daß der Radius der tödlichen Strahlendosis 270 km in der großen Achse und bis zu 40 km in der kleinen Achse betrug. Die Teilchen mittlerer Größe (1–10 Mikron) bleiben zwei oder drei Wochen in der Atmosphäre schweben. In dieser Zeit umkreist die radioaktive Wolke zwei- bis dreimal den Erdball, und die Ablagerung des radioaktiven Staubes findet entlang eines breiten, ringförmigen Gürtels auf der geographischen Breite des Explosionsortes statt. Diese Ablagerung radioaktiver Stoffe wird *ringförmiger Fall-out* genannt. Man kann bei Versuchsexplosionen bestimmte Vorkehrungen treffen, damit der gebietsweise radioaktive Fall-out weniger gefährlich ist. Doch es ist unmöglich, den globalen und ringförmigen Fall-out zu vermeiden.

Jede Kernexplosion, ganz gleich, wo sie stattgefunden hat, schädigt also im Laufe der Zeit die Bevölkerung der ganzen Erde. Die Größe des Schadens kann man abschätzen, indem man die durch den radioaktiven Fall-out bedingte Strahlendosis mit der durch natürliche Strahlenquellen bedingten Strahlendosis vergleicht. Natürliche Strahlenquellen sind kosmische Strahlen, natürliche radioaktive Elemente im Boden und Gestein, radioaktives Kalium, radioaktiver Kohlenstoff usw. Die jährliche Durchschnittsdosis, die ein Mensch in der Höhe des Meeresspiegels empfängt, beträgt etwa 0,1 Röntgen. Im Gebirge ist dieser Betrag infolge der dort herrschenden größeren Intensität der kosmischen Strahlen etwas höher.

Wenn wir die Dosis des radioaktiven Staubes schätzen wollen, müssen wir sowohl die äußerliche Bestrahlung in Betracht ziehen, die von den radioaktiven Teilchen außerhalb des Organismus ausgeht, als auch die Dosis der inkorporierten Teilchen, die zusammen mit der eingeatmeten Luft oder mit der Nahrung in den Organismus gelangt sind. Berechnungen haben

\*) Mit „Fall-out“ wird der bei Kernwaffenexplosionen entstehende radioaktive Staub bezeichnet, der entweder in fester Form oder gelöst als radioaktiver Regen, Hagel oder Schnee auf die Erde fällt.



*Solche Atombombenteste müssen endlich aufhören*

ergeben, daß die Dosis der äußerlichen Bestrahlung bei der Explosion einer Bombe, deren Explosionsstärke der von 10 Millionen Tonnen TNT gleichkommt, mehrere Jahrzehnte lang zwischen 0,003 und 0,03 pro Jahr liegt, je nachdem wie die Lebensbedingungen des einzelnen sind. Die Stadtbevölkerung empfängt die kleinste Dosis, da die Stadtbewohner den größten Teil der Zeit in Gebäuden verbringen, deren Wände einen gewissen Schutz gegen die radioaktive Bestrahlung bieten. Die Dorfbewohner, die den größten Teil des Tages im Freien verbringen und in leichtgebauten Häusern leben, empfangen die größte Dosis.

Aus diesen Zahlen ergibt sich, daß die Dosis der äußerlichen Bestrahlung, die jede Person empfängt, durch einige Explosionen von Bomben hoher Explosionsenergie im Vergleich zur ursprünglichen natürlichen Strahlendosis verdoppelt wird. Vom Gesichtspunkt der direkten Einwirkung auf den Organismus eines Erwachsenen scheint dies nicht gefährlich zu sein. Zum Vergleich sei bemerkt, daß die zulässige „Toleranzdosis“ bei beruflicher Strahlenexposition für diejenigen, die mit radioaktiven Stoffen oder Röntgenstrahlen umgehen, 0,1 r pro Woche beträgt. Doch wir sollten daran denken, daß die gesamte Bevölkerung — auch die Kinder und selbst Embryos — der durch radioaktiven Fall-out verursachten äußerlichen Bestrahlung ausgesetzt sind. Die Zellen des wachsenden Organismus vermehren sich schnell, und eine radioaktive Bestrahlung zu dieser Zeit ist äußerst

schädlich. Der genaue Wert der zulässigen Dosis für diesen Fall ist unbekannt, aber viele Genetiker sind der Ansicht, daß die Verdoppelung der Strahlendosis, verglichen mit der früheren Dosis der natürlichen Strahlung, sehr ernste Folgen für künftige Generationen haben kann.

Folgende Bedingungen sind für die Gefährlichkeit der inneren Bestrahlung ausschlaggebend, wenn Spaltprodukte in einen Organismus gelangen:

1. Der Anteil des betreffenden Stoffes in der Mischung aller Spaltprodukte muß groß sein.
2. Seine Halbwertszeit muß von der Größenordnung eines Menschenlebens sein.
3. Seine Beteiligung am Stoffwechsel muß derart sein, daß der betreffende Stoff leicht in den Organismus gelangt und in den wichtigen Organen zurückgehalten wird.

Strontium 90 besitzt alle diese Eigenschaften in vollem Maße. Seine Konzentration in Spaltprodukten beträgt 5 Prozent und seine Halbwertszeit 28 Jahre. In seinen chemischen Eigenschaften gleicht es dem Kalzium und ist in der Natur mit ihm verbunden. Wenn Strontium 90 auf die Erdoberfläche gelangt, wird es von den Pflanzen assimiliert und findet Eingang in den menschlichen Organismus entweder direkt durch Gemüsenahrung oder über das Fleisch und die Milch von Tieren, die mit Strontium 90 vergiftete Pflanzen zu fressen bekommen. Befindet sich Strontium 90 im menschlichen Organismus, so sammelt es sich in den Knochen an, was bösartige Ge-

schwülste, Knochenkrebs und Leukämie zur Folge hat. Cäsium 137 ist weniger gefährlich als Strontium 90, da es in die Muskeln geht, die weniger empfindlich gegen Strahlen sind als die Knochen; später wird es vom Organismus ausgeschieden.

Da Strontium 90 vor den Kernwaffenversuchen nicht in der Natur vorkam, läßt sich keine natürliche „Schwelle“ als Norm annehmen, wie wir es bei der Behandlung der äußerlichen Bestrahlung taten. In diesem Falle ist es angebracht, vom absoluten Wert der Aktivität des Strontiums 90 zu sprechen, das sich in einem Organismus ansammelt. Die zulässige Dosis kann durch Analogie mit dem Radium bestimmt werden, dessen Wirkung auf einen menschlichen Organismus ziemlich gut studiert worden ist. Im Ergebnis einer gründlichen Untersuchung dieser Frage legte die Internationale Strahlenschutzkommission das maximal zulässige Vorkommen von Strontium 90 in einem menschlichen Organismus mit 100 Mikro-Mikro-Curie ( $\mu\mu\text{C}$ ) pro Gramm Kalzium fest. (1 Curie ist eine Maßeinheit der Radioaktivität, bei der  $3,7 \times 10^{10}$  Atome in der Sekunde zerfallen.)

Nun muß dieser Wert mit der Menge des Strontiums 90 verglichen werden,

die bereits in den Organismus der Menschen als Folge der stattgefundenen Kernwaffenexplosionen eingebracht ist. (Sofortige Messungen im Jahre 1955 zeigten, daß die im menschlichen Skelett bei Kindern vorhandene Menge von Strontium 90 in bestimmten Fällen 1 Prozent des zulässigen Niveaus erreicht hatte.) Aller Wahrscheinlichkeit nach hat sich diese Menge Strontium 90 allein durch die Explosion einer einzigen Bombe hoher Explosionsstärke angesammelt, die von den USA im März 1954 erprobt wurde und eine 15 Millionen Tonnen TNT äquivalente Explosionsenergie hatte. Denn diese Bombe war offenbar die erste vom Spaltungs-Fusions-Spaltungstyp, die vor den obenerwähnten Messungen zur Explosion gebracht wurde. Das bedeutet, daß die Explosion von 10 solcher Bomben genügen würde, um das im menschlichen Organismus vorhandene Strontium 90 auf den höchst zulässigen Wert zu steigern. Wenn dieser Grad erreicht ist, kann es eine jähe Zunahme in der Häufigkeit von Krebs, Leukämie und anderen tödlichen Krankheiten geben. Die Ansammlung von Strontium 90 im Organismus kann aber auch schon gefährliche genetische Folgen haben, bevor das obengenannte Maximum des

zulässigen Wertes erreicht ist. Zum Schluß möchten wir darauf hinweisen, daß viele Fragen der somatischen\*) und genetischen Wirkungen der Strahlen auf den menschlichen Organismus unklar sind. Eines steht außer Zweifel: man muß dafür sorgen, daß die Menschen einem Minimum radioaktiver Bestrahlung ausgesetzt sind, damit dem Leben und den künftigen Generationen kein nicht wieder gutzumachender Schaden zugefügt wird. Wir müssen begreifen: Es ist zu spät, wenn die Kernwaffenversuche so lange fortgesetzt werden, bis ihre Gefahren für alle erkennbar werden. Alle Länder müssen unbedingt die Versuche einstellen, die Kernwaffen müssen verboten und aus den heutigen Waffenarsenalen der Staaten entfernt werden, solange es noch Zeit ist, die Menschheit vor den schrecklichen Folgen der radioaktiven Strahlen zu retten. Die Pflicht der Wissenschaftler ist es, dafür zu kämpfen, daß all die hervorragenden Errungenschaften der Wissenschaft nicht dem Krieg, sondern dem Frieden, dem Fortschritt und dem Glück aller Menschen der Welt dienen.

\*) somatisch — den Körper betreffend  
genetisch — die Vererbung betreffend

## Prof. Klaus Fuchs und 700 Mitgefangene waren dabei

Der geborene Deutsche und naturalisierte Engländer galt in seinem neuen Vaterlande als ein bedeutender Atomphysiker. Aber er war ein Gegner der Anwendung der Atomenergie für Zwecke der Menschenvernichtung.

Im Jahre 1949 gab er der sowjetischen Regierung geheime Einzelheiten über Atom- und Wasserstoffbomben bekannt und wurde daraufhin im März 1950 von einem britischen Gericht zu 14 Jahren Zuchthaus verurteilt. Er tat dies nicht, weil er etwa im Solde der Sowjets gestanden hätte. Vielmehr leitete ihn die Überlegung, daß die Sicherheit der Menschheit wahrscheinlich größer und die Wahrscheinlichkeit eines Atomkrieges kleiner sein werde, wenn beide Seiten Atombomben hätten und nicht nur eine. Ob diese Überlegung richtig, das von ihm angewandte Mittel des Verrats militärischer Geheimnisse, um dadurch den Frieden zu sichern, zu rechtfertigen ist, das ist Ansichtssache. An der lauterer Gesinnung und den guten Absichten von Klaus Fuchs hat aber erstlich kein Mensch gezweifelt. Sein Vater, der bekannte Theologieprofessor und Quäker Emil Fuchs aus Leipzig, der in diesen Tagen seinen 85. Geburtstag feiern konnte, hat den Sohn voriges Jahr im Gefängnis in Wakefield besuchen und mehrere aufeinander folgende Tage stundenlang sprechen können. Der Sohn wird, wie mir der Vater persönlich versicherte, nach seiner Freilassung nicht etwa nach Rußland gehen, sondern zunächst einmal zu seinem Vater nach Leipzig. Bevor Klaus Fuchs aber das Gefängnis von Wakefield verließ, hat er noch einmal gezeigt, daß er in seiner Gegnerschaft gegen die militärische Anwendung der Atomenergie nicht schwankend geworden ist und daß er auch hinter Gittern eine Persönlichkeit geblieben ist.

Während des großen Protestmarsches



Ein eindrucksvolles Bild von der Abschlußkundgebung des Protestmarsches der englischen Atomrüstungsgegner am Trafalgar Square (siehe unseren Bericht in Heft Nr. 9, „Beachtet nicht die Männer des Krieges“)

von London nach Aldermaston, der Stätte, wo britische Wasserstoffbomben hergestellt werden, geschah es, daß die Gefangenen der großen Strafanstalt Wakefield wie gewöhnlich in Ruhe und Ordnung in den großen Speisesaal strömten und ihre Plätze einnahmen. Als dann aber das Essen verteilt wurde, weigerten sich 700 Gefangene, es anzunehmen. Als die Gefängnisbeamten glaubten, es gäbe eine Meuterei und aufgeregt fragten, was denn los sei, erwiderten die Gefangenen: „Dies bedeutet nicht, daß wir an der Gefängnisverwaltung herumnörgeln. Wir protestieren gegen die H-Bombe.“

Für den Gefangenen ist das Mittagessen oft die einzige Abwechslung am Tage. Wer darauf verzichtet, bringt ein wirkliches Opfer. Die Gefangenen hatten sich hierzu entschlossen auf Vorschlag ihres Mitgefangenen Klaus Fuchs.

Diese Männer haben alle irgendein Verbrechen begangen, deswegen sind sie im Zuchthaus. Aber an dem größten Verbrechen, das es gibt, an der Vorbereitung des Atomkriegs, wie sie die Leute vorbereiten, die nicht hinter Gittern sitzen, daran wollen sie sich nicht mitschuldig machen. (Heinz Kraschutzki in „Die Friedensrundschau“ Juni 1959)

## Internationale Anti-Atomrüstungsarbeit der Frauen

(„La responsabilité de la femme à l'ère atomique“)

Vor etwa einem Jahr traf sich in Paris ein Kreis von Frauen, um über die gemeinsame Frauenarbeit im Atomzeitalter zu diskutieren. Die Anregung zu diesem Treffen war von mehreren in Frankreich sehr bekannten Frauen ausgegangen, der Witwe des Dichters J. Bloch, der Frau des Internationalen Generalsekretärs des Versöhnungsbundes A. Trocmé, der einstigen Mitarbeiterin von Georges Bidault, Mme. Corlieu de Compeyrot und einer früheren Insassin von Ravensbrück, Claude-Marie Vaillant-Couturier. Als Ergebnis der Tagung wurde die Notwendigkeit einer stärkeren Aufklärung in Atomfragen bei allen Französisinnen besonders hervorgehoben. Die Erfahrungen und Zusammenarbeit der deutschen Frauen unter der Ägide von Frau Prof. Fassbinder wurde als vorbildlich anerkannt.



Die Machtübernahme in Frankreich durch General de Gaulle beeinträchtigte die Bekanntmachung des Kongresses durch Radio und Presse und mag wohl auch manche Frau von der Beteiligung abgeschreckt haben. Aber die ausgezeichneten Referate — besonders das der Präsidentin einer Kommission gegen Strahlenschäden im französischen Gesundheitsministerium — und die tiefgehende Diskussion sind hervorzuheben. So wurde die Tagung für die französischen Gastgeber und viele Frauen aus den USA, England, Holland, Belgien, Italien und der Schweiz zu einem Gewinn.

Frauen aus den Ostblockstaaten war das Visum verweigert worden, aber sie fühlten sich darum nicht ausgeschlossen von der Arbeit, sondern beriefen ihrerseits Zusammenkünfte in Marienbad und Prag, an denen sich vorwiegend Frauen aus Deutschland, Polen und der CSR beteiligten. Hierbei wurde der Plan einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa als einer der Wege zur Bekämpfung der Atomgefahr besonders herausgestellt. Auch diese Tagung gab allen Anwesenden reiche Anregung und neuen Eifer.

Auch in England ist unter der Leitung von Frau Prof. Pirie (Oxford) die Frauenarbeit aktiviert worden.

Im März dieses Jahres wurden Frau Prof. Dr. G. Woker und Frau Prof. Dr. M. Fassbinder als Vertreterinnen des Internationalen Arbeitskomitees „Die Verantwortlichkeit der Frau im Atomzeitalter“ nach Genf entsandt, wo sie lange Gespräche mit Vertretern der amerikanischen, sowjetischen, britischen und UNO Delegationen hatten. Ihr Hauptbemühen war, das noch bestehende gegenseitige Mißtrauen, das die internationale Zusammenarbeit erschwert, zu mildern. Ihre Bemühungen sind hoffentlich nicht erfolglos geblieben!

Prof. Dr. Clara-Maria Faßbinder

## Kalendarium der Genfer Konferenz 21.6.1959

Nach sechs Wochen vertagte sich die Genfer Außenministerkonferenz am Wochenende auf den 13. Juli. Nachstehend die wichtigsten Daten:

11. Mai: Nach harten Auseinandersetzungen um den Status der deutschen Beraterdelegationen wird die Konferenz mit zweistündiger Verspätung eröffnet.
12. Mai: Die Sowjetunion verlangt die Hinzuziehung Polens und der Tschechoslowakei. Die Westmächte lehnen diesen Vorschlag ab.
13. Mai: Die Westmächte legen ihren Vier-Phasen-Friedensplan vor. Außenminister von Brentano besucht Gromyko.
14. Mai: Andrej Gromyko bringt den am 10. Januar 1959 veröffentlichten Friedensvertragsentwurf der Sowjetunion als Konferenzdokument ein.
18. Mai: Die Westmächte kündigen zum erstenmal an, daß sie bereit sind, mit der Sowjetunion zunächst über die Berlin-Frage zu verhandeln. In der Vollsitzung lehnt Gromyko den westlichen Friedensplan ab, Herter weist den sowjetischen Friedensvertragsentwurf zurück.
21. Mai: Nach fruchtlosen Rededuellen im Konferenzsaal treffen sich die vier Außenminister zum erstenmal zu einem gemeinsamen Essen. Es häufen sich die Anzeichen für bevorstehende Geheimverhandlungen.
23. Mai: Gromyko erwidert den Besuch des Bundesaußenministers.
24. Mai: In Washington stirbt der ehemalige Außenminister John Foster Dulles. Die vier Mächte vereinbaren eine Konferenzpause, um den Ministern eine Möglichkeit zur Teilnahme an der Beisetzung zu geben.
26. Mai: Die Außenminister Herter, Lloyd und Couve de Murville fliegen gemeinsam, Gromyko allein nach Washington.
29. Mai: Die vier Minister kehren gemeinsam nach Genf zurück. Über dem Atlantik findet die erste Geheimbesprechung der Konferenz statt, unmittelbar nach der Landung die zweite.
1. Juni: Auf einer weiteren Geheimsitzung spricht man nur noch über Berlin.
12. Juni: Auf einer Vollsitzung erklärt Gromyko, er stelle das Recht des Westens, Truppen in Berlin zu unterhalten, nicht mehr in Frage.
3. Juni: Man spricht auf einer neuen Geheimsitzung schon über von beiden Seiten formulierte Berlin-Pläne.
8. Juni: Die Westmächte legen einen neuen Berlin-Plan vor.
9. Juni: Gromyko antwortet am nächsten Tag mit einem Berlin-Vorschlag, den der Westen als Ultimatum bezeichnet. Die Konferenz gerät in ihre schwerste Krise.
11. Juni: Herter unternimmt im Auftrage seiner westlichen Kollegen den Versuch, Gromyko in einem persönlichen Gespräch zur Zurückziehung des Ultimatus zu bewegen. Gromyko erklärt, der Vorschlag stelle kein Ultimatum dar. Die Westmächte beschließen, die Konferenz fortzusetzen, aber „von Tag zu Tag“ die Lage zu überprüfen.
12. Juni: Man spricht zum ersten Male von Vertagung. Gromyko ist Gast von Brentano bei einem Essen.
15. Juni: Im westlichen Lager bestehen Meinungsverschiedenheiten über die Beendigung der Konferenz. Selwyn Lloyd drängt auf eine Gipfelkonferenz.
16. Juni: Die Westmächte übermitteln der Sowjetunion einen neuen Berlin-Vorschlag. Gromyko hatte zuvor Herter aufgesucht, um zu erfahren, „wie es nun weitergehen soll“.
17. und 18. Juni: Gromyko wartet auf Instruktionen aus Moskau. Die Geheimsitzungen werden verschoben.
19. Juni: Gromyko legt einen neuen sowjetischen Berlin-Vorschlag vor. Die Westmächte lehnen ab und schlagen Vertagung bis zum 13. Juli vor. Gromyko stimmt wiederstrebend zu.
20. Juni: Die Konferenz vertagt sich bis zum 13. Juli.

# Aufruf

an die Frauen und Frauenorganisationen von ganz Europa

Wir sind Frauen aus mehreren Ländern Europas mit unterschiedlicher politischer und religiöser Anschauung, wir gehören verschiedenen Organisationen und Bewegungen an, aber wir sind vereint in dem gemeinsamen Willen, das Leben zu schützen und den Wohlstand der Menschheit zu sichern.

Wir, die wir im Verlauf von zwei Weltkriegen so viel gelitten haben, sind beunruhigt über das Wettrüsten, die Entwicklung der militärisch atomaren Aufrüstung und die internationale Spannung, die für unsere Länder die Gefahr eines dritten Weltkrieges heraufbeschwören.

Wir können nicht die Gefahr eines Atomkrieges hinnehmen, dessen Grausamkeit alles übertreffen würde, was die Welt bisher erlebt hat. Die Kernwaffenversuche bilden bereits in Zeiten des Friedens eine tödliche Gefahr. Das Wettrüsten verschlingt immer höhere Summen auf Kosten des Wohlstandes und des Glücks der Völker. Die Atomenergie darf, wie alle Erfindungen der Wissenschaft, nur dem Wohle der Menschheit dienen.

Zwischen den Großmächten muß und kann eine Vereinbarung zustande kommen, die eine Atmosphäre der Entspannung schafft und es dadurch ermöglicht, zu einer kontrollierten Abrüstung zu gelangen. Der wirtschaftliche und kulturelle Austausch könnte sich zum höchsten Wohle aller entwickeln.

Wir Frauen, die wir in einer von Angst und Elend befreiten Welt leben wollen, können viel tun, um dem Geist der Verhandlung zum Siege zu verhelfen, indem wir das, was uns trennt, überwinden und selbst das Beispiel der Einheit geben.

Wir wenden uns an alle Frauen guten Willens, an alle Frauenorganisationen und an alle Frauen, die auf irgend-einem Gebiet des sozialen, politischen, wissenschaftlichen und kulturellen Lebens eine Verantwortung tragen, ohne Unterschied der politischen und religiösen Anschauung.

Wir laden sie zu einem Treffen der Frauen aller europäischen Länder ein, um unsere Standpunkte darzulegen und gemeinsam zu beraten, was wir tun können, um die sofortige Einstellung aller Kernwaffenversuchs-Explosionen, die Herstellung dieser Waffen, das Verbot jeglicher Anwendung der Atomenergie zu militärischen Zwecken, die Aufhebung der Militärblocks, eine Entspannung und die Abrüstung zu erreichen.

Den Aufruf unterzeichneten u. a.:

**Bundesrepublik Deutschland:**

Frau Kati KUEPPERLE, Baden-Baden, Biophysikerin,  
Frau Frieda STACHE, Dortmund, von der westdeutschen Frauenfriedensbewegung

**Tschechoslowakei**

Frau Milada NETUSILOVA vom Komitee der Tschechoslowakischen Frauen

**Frankreich**

Frau Magda TROCME von der Internationalen Versöhnungsbewegung Paris

**Griechenland**

Frau Maria SVOLOU, Abgeordnete

**Holland**

Frau Jo Ten Have von der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit

**Schweiz**

Frau Dr. Gertrud WOKER, Professor der Geschichte

**Italien**

Frau Lina MERLIN, Abgeordnete,

**Polen**

Frau MUSIALOVA, Juristin, Parlamentsabgeordnete, von der Polnischen Frauenliga

**Schweden**

Frau FRIDHOOM von der Internationalen Versöhnungsbewegung

**Sowjetunion**

Frau Lydia PETROVA, Dr. der Geschichte

**Herausgeber:**

Das Präsidium des „Ständigen Kongresses“ aller Gegner der atomaren Aufrüstung in der Bundesrepublik

Verantwortlich für den Kongreßdienst: Dr. med. Barbara Rathjens, Hamburg.

Druck: Gerhard Steen, Buchdruckerei, Hamburg.



Der erstaunte Hamburger Bürger las in diesen Tagen, daß in Hamburg der „Luftschutzwart“ fröhliche Wiederauferstehung feiert.

Man sah Bürgermeister Brauer mit Luftschutzmütze und fröhlichem Gesicht. Man spricht in der Presse davon, daß ein Gesetz erlassen werden soll, wenn sich nicht genügend freiwillige Luftschutzhauswarte finden lassen. Wir veröffentlichten an dieser Stelle zwei Bilder von der großen Hamburger Kundgebung gegen den Atomtod im Jahre 1958 auf dem Rathausmarkt. Damals setzte sich der Hamburger Senat für den einzig wirksamen Luftschutz ein. „Weg mit der Atomrüstung.“

Heute scheint das alles vergessen zu sein. Mit Feuerpatsche und Sandeimer glaubt man im Ernst, dem Atomtod zu Leibe gehen zu können. Oder wie sollen wir uns Brauers Luftschutzmütze sonst deuten? Wenn es nicht so tödlich ernst wäre, könnte man über diese Schildbürgerstreiche herzlich lachen. Leider wird den Bürgern der Stadt aber wieder eins suggeriert, daß es einen Schutz gäbe. Es sei noch einmal festgestellt: „Es gibt keinen!“ Kirchenpräsident D. Martin Niemöller hat dies auf der Kundgebung des „Arbeitsausschusses Kampf dem Atomtod“ (dem übrigens auch Herr Bürgermeister Brauer angehört) am 2. Juni vor einem großen Zuhörererkreis noch einmal ausdrücklich erhärtet. Bürgermeister Brauer muß auf der Kundgebung nicht anwesend gewesen sein, sonst wäre die neckische Luftschutzmütze nicht denkbar.

Die Red.

# Japan ruft zur V. Weltkonferenz gegen Atom- und Wasserstoffbomben

**Internationales Programm  
für August 1959**

Der Japanische Rat gegen die Atom- und Wasserstoffbomben ladet alle Nationen der Welt zu einer **internationalen Friedenswallfahrt nach Hiroshima** und zur **5. Weltkonferenz gegen die Atom- und Wasserstoffbomben in Hiroshima** herzlich ein. Hiroshima im August 1959 wird auf der einen Seite zu einem bedeutsamen Sammelplatz internationaler Demonstrationen werden, in denen der unentwegte Wille der Menschheit zum Verbot der Kernwaffen kundgegeben wird. Auf der 5. Weltkonferenz gegen die Atom- und Wasserstoffbomben, die in Hiroshima stattfindet, werden auf der anderen Seite internationale Bewegungen gegen die Kernwaffen ihre gemeinsamen Fragen besprechen und ihren gemeinsamen Willen bekunden. Der Japanische Rat gegen die Atom- und Wasserstoffbomben ist der Ansicht, daß die Erfüllung einer solchen „Doppelaufgabe“ für die von ihm geplante internationale Veranstaltung dringend wichtig ist, indem einerseits auf der Konferenz in Genf ein möglicher Weg aus dem Zirkelschluß im Wettrüsten mit Kernwaffen umrissen wird, während auf der anderen Seite die Gefahr der nuklearen Aufrüstung kleiner Länder immer deutlicher in die Erscheinung tritt. Bekanntlich hat Westdeutschland bereits mit der Kernausrüstung seiner Bundeswehr begonnen, und es sieht jetzt so aus, daß andere europäische Länder, wie z. B. Frankreich, die Schweiz und Schweden, diesem Beispiel Westdeutschlands nachzueifern. Auch mit Japan sehen die Dinge nicht viel anders aus. Der japanische Ministerpräsident Kishi hat im Parlament erklärt, daß eine eventuelle Verfügung Japans über Kernwaffen dem Artikel 9 der japanischen Verfassung, der Japan jede Aufrüstung ausdrücklich verbietet, nicht widersprechen würde. Auf diese Weise nimmt die Mitgliederzahl des „internationalen Klubs für Mord und Selbstmord“ zu. Es muß mit allem Nachdruck vor dieser äußerst gefährlichen Lage gewarnt werden, bevor die Entwicklung der Dinge die letzte Stufe erreicht haben wird, von der aus kein Weg mehr zurück möglich ist. Im Laufe des vergangenen Jahres haben wir einen gewaltigen Chor von **wandelnden Stimmen** und ein mächtiges Zusammenballen von Protestaktionen in aller Welt erlebt, die alle darauf gerichtet waren, die Menschheit von dem Wahnsinn des Kernwettrüstens zu befreien und wieder zur Vernunft und zu seinem glücklichen Wohlfühlen zu bringen. Es ist jetzt die Zeit, wo all diese Stimmen und Aktionen den verantwortlichen Politikern der Welt wahrnehmbar gemacht werden müssen. Die geplante internationale Demonstration in **Hiroshima** wird die geeignetste Gelegenheit zur Bekundung des Protestwillens der Menschheit gegen die Kernwaffen bieten, weil Hiroshima neben Nagasaki die einmalige Ortschaft auf unserer Erde darstellt, die als Symbol für apokalyptisches Ende der Menschheit in unserem Zeitalter nicht seinesgleichen kennt.

Wir müssen bei der Aufstellung der Richtlinien für internationale Bewegungen gegen den Krieg mit Kernwaffen real und unbeirrbar sein. Da trotz aller Eindeutigkeit des Gefahrencharakters die gegenwärtige Lage der Dinge höchst kompliziert und verworren sind, wird von uns allen verlangt, mit der Analyse der Lage und der Auseinandersetzung mit ihr vorsichtig vorzugehen.

In voller Berücksichtigung dessen, was wir oben erwähnt haben, bringt der Japanische Rat gegen die Atom- und Wasserstoffbomben Ihnen folgendes Programm zur Kenntnis und appelliert an alle Friedensorganisationen der Welt, Vertreter zur **5. Weltkonferenz gegen die Atom- und Wasserstoffbomben in Hiroshima** zu entsenden und an der **Friedenswallfahrt nach Hiroshima** teilnehmen zu lassen, damit Freunde des Friedens aus aller Welt in Hiroshima zusammenkommen und an den Erlebnissen der Bürger von Hiroshima sich selbst überzeugen können, was hier eigentlich geschehen ist.

und ungefähr 10 000 japanische Delegierte nehmen an dieser Generalkonferenz teil. Auf dieser Konferenz sollen a) eine Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen den japanischen und den ausländischen Friedensbewegungen erzielt, b) in mehreren Unterabteilungen im Zusammenhang mit Grundreferaten Diskussionen eingeleitet und c) Beschlüsse und andere abschließende Erklärungen der V. Weltkonferenz gegen die Atom- und Wasserstoffbomben angenommen werden. Diese Generalkonferenz soll im Anschluß an die festliche Veranstaltung am 6. August und das Programm der Friedenswallfahrt eine großartige internationale Kundgebung werden.

## **Hauptthemen der Diskussionen**

Gegenstände der Diskussionen werden folgende Themen bilden: International vereinbartes, vorbehaltloses Verbot der Kernversuche; Verhinderung der Kernausrüstung weiterer Länder; Errichtung von kernwaffenfreien

**DER JAPANISCHE RAT GEGEN DIE ATOM- UND WASSERSTOFFBOMBEN** gibt sich die Ehre, Sie,

um Ihre freundliche Teilnahme an der V. Weltkonferenz gegen die Atom- und Wasserstoffbomben, die vom 1. bis 7. AUGUST 1959 IN HIROSHIMA, JAPAN, stattfindet, höflichst zu ersuchen. Wir dürfen annehmen, daß unser Ersuchen um Ihre Teilnahme und Mitwirkung an der Konferenz eine freundliche Berücksichtigung von Ihnen finden wird; denn wir leben heute in der von einer Todesgefahr bedrohten, bedeutungsschweren Zeit, in der eine verstärkte Zusammenarbeit aller Friedensfreunde der Welt ganz dringend gefordert wird. Wir würden uns auf eine baldige, positive Antwort von Ihnen sehr freuen, und erlauben uns, Ihnen beiliegend unser ausführliches Programm zu überreichen.

**Prof. Kaoru Yasui**

Generaldirektor des Japanischen Rates  
gegen die Atom- und Wasserstoffbomben

## **Die Konferenz**

### **Vorbereitungskonferenz und Generalkonferenz**

**Vorbereitungskonferenz** (1. bis 3. August). Diese Konferenz, an der alle Vertreter ausländischer Friedensbewegungen und eine verhältnismäßig kleine Anzahl japanischer Delegierten teilnehmen, soll ein Forum offener internationaler Diskussionen sein, während die Generalkonferenz unter Teilnahme von etwa 10 000 japanischen Delegierten mehr oder weniger einen demonstrativen Charakter einnehmen wird. Auf der Vorbereitungskonferenz sollen keinerlei in sich geschlossene Beschlüsse gefaßt werden, sondern sie hat lediglich das Resultat der Diskussionen in der Form einer Empfehlung anzunehmen und an die Generalkonferenz weiterzuleiten. Alle solche Empfehlungen werden der Generalkonferenz vorgelegt und dienen als Grundlagen weiterer Diskussionen.

**Generalkonferenz** (5. bis 7. August). Alle ausländischen Delegierten, Teilnehmer der Vorbereitungskonferenz

Zonen in Europa und in Asien; Verhinderung der Einführung von Kernwaffen in fremde Länder und der Errichtung von Raketenbasen und anderen Militärstützpunkten für einen Atomkrieg auf fremden Territorien; Beseitigung von Gefahrenzonen für einen Atomkrieg, insbesondere von solchen Gefahrenzonen im Nahen Osten und in Asien; Beseitigung von allen Militärblöcken; friedliche Lösung der noch nicht gelösten internationalen Fragen auf dem Wege von Verhandlungen zwischen Ost und West, einschließlich der Fragen der Abrüstung, die die Nichtanwendung und das vollständige Verbot von Kernwaffen vorbereiten soll; Stärkung der Bewegungen gegen die Kernausrüstung und die Ausarbeitung eines internationalen Programms für gemeinsame Aktionen.

Sämtliche Bilder  
von Keystone-Bilderdienst